

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Auslieferung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stünck, verantw. Redakteur i. V.: Fritz Paeppler,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigeschossige Petitzelle über deren Raum 30 q.

Verbandskollegen!

Versäume keiner die im Oktober stattfindenden ausserordentlichen Generalversammlungen vvv

Inhalt: Partei und Gewerkschaften. — Politische Umlauf. — Sozialdemokratischer Parteitag in Mannheim (Politischer Massenstreit). — Maurerbewegung: Streits, Auswertungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Abrechnung des Central-Verbandes für das zweite Quartal 1906. Bekanntmachungen der Gauvorstände. Berichte: Verbot oder Reform der Alfordarbeit? Der deutsche Arbeitstag in Bürs. — Centralrankenkasse. — Von Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen usw. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Brieftafeln. — Anzeigen.

Von nicht minderer Wichtigkeit und Bedeutung sind die Verhandlungen des Themas Partei und Gewerkschaften, das vom zweiten Referenten, dem Genossen Legien, einer eingehenden Besprechung unterzogen wurde und in der Debatte von mehreren Rednern, zu denen Bönnigburg, Silberschmidt und v. Elm gehörten, weitere sehr beachtenswerte Erörterungen erfuhr.

Es ist uns nicht möglich, im Rahmen dieses Artikels bereits die in Red. stehende Debatte und die gefassten Beschlüsse eingehend und erschöpfend zu würdigen. Wir müssen uns vorläufig auf einige allgemeine Bemerkungen beschränken. Der gute Geist, der den Parteitag begleitete, kommt am deutlichsten zum Ausdruck in der beschlossenen Resolution, die in der Hauptsache den Vorschlag der Genossen Bebel und Legien entspricht.

Diese an anderer Stelle der heutigen Nummer unseres Blattes abgedruckte Resolution wurde mit 323 gegen 62 Stimmen angenommen.

Beschlossen wurde sodann, an den Schluss dieser Resolution folgenden Zusatz aus einem von Kautsky und 32 Genossen gemachten Vorschlage anzuschließen:

„Um eine Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beeindruckt werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.“

Die so gestaltete Resolution fand mit 386 gegen 5 Stimmen Annahme. Nach unserem Dafürhalten hätte der Kautsky'sche Zusatz ganz wegzbleiben können. Denn was er besagt erledigt nicht etwa einen Streitpunkt, sondern ist etwas durchaus Selbstverständliches, das die klare Tendenz des Hauptteiles der Resolution wirklich nicht mehr zu verschärfen geeignet ist. Noch nie ist von Seiten der hier in Betracht kommenden Gewerkschaften der Sozialdemokratie entsprechend gewirkt worden; stets haben sie sich im Geiste der Sozialdemokratie betätigt, wenn auch nicht immer nach Wunsch einiger Theoretiker. Die in dem Kautsky'schen Zusatz enthaltene Mahnung ist also mindestens überflüssig. Aber eine andere Mahnung möchten wir aussprechen. Wer jetzt noch meint, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften sei „immer noch nicht genügend geklärt“, ist ein Dorr. klarer und bündiger, als es in Mannheim geschehen kann nicht ausgesprochen werden, daß Partei und Gewerkschaften eines Wesens sind; daß sie die proletarische Kampfpartei bilden; daß sie prinzipiell und taktisch aufeinander angewiesen sind. Mögen nun endlich die kleinlichen und ungerechten Angriffe aufhören, die der Geist des Hyperradikalismus gegen die Gewerkschaften und ihre Führer so oft gerichtet hat, möge mit dem Geiste der Solidarität, der in Mannheim ohne Zweifel eine erhebliche Stärkung erfahren hat, sich der Geist der Harmonie verbinden, der vorwärtsdrängendes Vertrauen zu der geistigen Kraft der Arbeiterklasse in sich begreift!

Wir werben nach wie vor unsere Pflicht für die sozialdemokratische Partei tun! Möge aber auch jeder Parteigenosse seiner Pflicht gegen die Gewerkschaften genügen!

Im Anschluß an den vorerwähnten Punkt verhandelte der Parteitag die Stellung der Partei zu den anarcho-sozialistischen Gewerkschaften. Die Parteigenossen von Köln-Stadt hatten folgenden Antrag gestellt:

1. „In Anbetracht dessen, daß die gewerkschaftliche Centralorganisation heute allgemein als die einzige richtige Gewerkschaftsform anerkannt wird, ist in Zukunft der redaktionelle Teil der Parteipresse den lokalistischen Gewerkschaften nicht mehr zur Verfügung zu stellen und ebenso solchen Centralorganisationen zu verschließen, die der Generalkommision angehören.“

2. Parteigenossen dürfen nur den der Generalkommision der Gewerkschaften Deutschlands angehörenden Centralorganisationen angehören.“

A. von Elm und 27 Genossen legten folgende Resolution vor:

Weil die unter gewerkschaftlicher Firma austretenden politischen Zwitterorganisationen, genannt „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, sich immer bewußter in den Dienst anarcho-sozialistischer Propaganda und Ziel gestellt haben,

weil ferner diese Organisationen entgegen den Beschlüssen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welche der Arbeiterschaft die gewerkschaftliche Organisation in Centralverbänden empfehlen, die gewerkschaftlichen Centralverbände fortgelebt in der gesäßigen Weise kämpfen,

weil ferner diese Organisationen im offenen Gegensatz zu den Beschlüssen sozialdemokratischer Kongresse den anarchistischen Generalstreik propagieren und überdies durch eine besondere Aenderung ihres Organisationsprogramms die anarchistische Agitation direkt gefördert haben,

und weil die Vorstände dieser „Freien Vereinigungen“ interne Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommision über das Verhalten bei politischen Massenstreiks — die schon aus Gründen der Parteistrategie geheim bleiben müssten — der „Einigkeit“ veröffentlich und dadurch die Partei zum Gegenstand allgemeiner Angriffe gemacht haben, erklärt der Mannheimer Parteitag:

daß diese anarcho-sozialistischen Vereinigungen keinerlei Gemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung haben und daß jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesen Vereinen, Versammlungen und Versorgungen unvereinbar mit der Förderung der Partei ist. Den anarcho-sozialistischen „Freien Vereinigungen“ ist der redaktionelle Teil der Parteipresse zu verschließen und die Redaktionen verpflichtet, der anarcho-sozialistischen Propaganda und Organisation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Hinzu kam folgende vom Parteivorstand und der Kartellkommission vorgeschlagene Resolution:

Der Parteitag beschließt:

„In den in der Fr. Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbündeten Organisationen treten bedauerlicherweise immer bewußter Leidende hervor, die diese Organisationen in den Dienst der anarcho-sozialistischen, die deutsche Sozialdemokratie gesellschaftlich bekämpfenden und schmähenden Bewegung stellen; ja die eine anarchistische Agitation gegen die Partei fördern wollen. Und da durch dieses Treiben auch die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisationen aufs schwerste gefährdet wird, erklärt der Parteitag:“

„Die anarcho-sozialistischen Bestrebungen, wie sie in den lokalorganisierten Gewerkschaften sich geltend machen, sind unvereinbar mit den Zielen und Interessen der Sozialdemokratie. Die Parteipresse hat daher die Pflicht, die anarcho-sozialistische Bewegung auf das entschiedenste zu bekämpfen und die Parteigenossen haben die Aufgabe, Personen, die für diese anarcho-sozialistischen Bestrebungen eintreten und für sie agitieren, sowohl diese Personen Parteigenossen sind, aus ihren Reihen auszuschließen. Diejenigen Parteigenossen, die in den lokalen Gewerkschaften organisiert sind, erfüllt die Parteileitung, in Übereinstimmung mit der Resolution des Lübecker Parteitags, sich den centralorganisierten Gewerkschaften anzuschließen.“

Die Lübecker Resolution lautet:

Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Repellierung der Beschämung der Mehrheit durch die Minderheit gemäß der Grundsätze der Demokratie.

Der Partei oder seiner Berufsgesellschaft in einem von ihnen geführten Kampf durch Taten entgegenwirkt oder Sonderbündel zur Führung solcher Organisations betreibt, wobei über das vornehmste Leben spricht der Arbeiterschaft. Es sind daher die freilichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten verharren.

Genosse v. Elm, der zur Begründung seiner Resolution eine Redezeit von 20 Minuten hatte, ging mit den anarchistisch-syndikalistischen Gewerkschaften gehörigen scharf ins Gericht. Auch von anderer Seite erfuhrn diese Organisationen verurteilende Kritik, während es sich Frau Rosa Luxemburg angelegen sei ließ, sie in Schutz zu nehmen gegen den beantragten Ausschluss. Um möglichste Einheitlichkeit des Abstimmungsergebnisses zu erzielen, zog Genosse v. Elm seine Resolution zu Gunsten der des Parteivorstandes zurück. Über die Abstimmung wurde verfügt durch einen mit knapper Majorität zur Annahme gelangten Antrag: über die vorgelegte Resolution zur Tagesordnung überzugehen und den Parteivorstand zu beauftragen, in Gemeinschaft mit der Generalkommission der Gewerkschaften nochmals im Sinne der Lübecker Resolution mit den anarchistisch-syndikalistischen Gewerkschaften zu verhandeln.

Wir bedauern diesen Ausgang der Sache, der nichts anderes bedeutet, als eine Verzögerung einer Entscheidung, die doch einmal kommen muss und wird. Wir sind überzeugt, dass die Verhandlungen mit jenen geschworenen Gegnern der Centralorganisation nicht den gewünschten Erfolg haben werden. Es ist ein Fehler, dass die reinliche Scheidung, wie sie der Parteivorstand vorgeschlagen hatte, nicht erfolgt ist. So bleiben denn die Centralorganisationen in diesem Punkt zunächst auf sich selbst angewiesen.

Politische Umschau.

Eine Wirkung der Zollpolitik. Am 1. September dieses Jahres war ein halbes Jahr hergestellt, seitdem der neue Zolltarif und die neuen Handelsverträge in Kraft traten. Die Folgen der neuen Tarife wurden in der ersten Zeit, wie natürlich, durch erwartete und noch mehr durch unerwartete Umstände verschoben. Jetzt beginnen sie deutlicher zu werden. Die offizielle dreihäufige "Statistische Korrespondenz", Nr. 84 vom 8. September 1906, veröffentlicht folgende Tabelle über die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebens- und Gittermittel im Monat August 1906 im Vergleich zu demselben Monat im Jahre 1905:

	Für 1000 Kilogramm										
	Wurst	Bogen	Orte	Güter	Summe	Preis	Gelehrte	Güter	Großhafen	Gelehrte L.	
August 1906	M. 178	149	148	160	240	380	513	58,1	144	46,8	1282
August 1905	M. 165	142	140	139	235	323	385	63,5	42,5	56,3	1230

	Für 1 Kilogramm										
	Wurst	im Kleinkandel	Wurst	im Kleinkandel	Wurst zur	Wurst-	Wurst-	Wurst	Wurst	Wurst	
von der	Preis	dem	Brude-	Gelehrte	gelehrte	gelehrte	dem	Brude-	Gelehrte		
August 1906	M. 164	140	170	165	164	195	240	179	81	27	392
August 1905	M. 155	138	167	158	154	179	243	175	80	25	388

Sämtliche Lebensmittel sind also im Vergleich zum Vorjahr im Preise mehr oder weniger stark gestiegen, mit Ausnahme des Kartoffel, für die eine minimale Erhöhung eingetreten ist.

Grund- und Bodenbesitzer. Das internationale Großkapital wünscht mit den Bodenbesitzern, die doch Eigentum der ganzen Nation sein sollten. Unsere Regierungen aber müssen durch mühsam ausgeschlagene und durchgesetzte neue Steueraufslagen den Unruhen weiter Volkssturm auf sich laden, um den Aufgaben der Staaten oder des Reiches ehrenhaftig gerecht werden zu können. Wie ganz anders könnte es um die Fleisch- und Staatsfinanzen bestellt sein, wenn man bezieht die Ausbeutung der nationalen Bodenbesitzer ebenso in Staatsregie übernommen hätte, wie den Betrieb der Eisenbahnen!

Das ist gewiss wieder eine von den "Erfindungen" der reichen Herren, die den geplagten Kapitalisten nicht das bisschen Leid gönnen. Als nein! Diesmal ist es die konervative "Deutsche Tageszeitung", das Organ der Agrarier und Landbündler, die dem Großkapital die Fehde anträgt. In Speziellen handelt es sich um die "Internationale Bodenbesitzstafette Erkelenz", die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet das Recht erworben hat, über die unterirdischen Schäfte (Erze und Kohlen) frei zu verfügen. Die "Arbeit" dieser Gesellschaft hat im Rechnungsjahr 1905/06 den Attonaten 500 vpt. Dividende eingebaut, je M. 100 brachten also M. 500 Verdienst. Auch in früheren Jahren haben die Geschäfte der Gesellschaft "Erkelenz" Riesen Gewinne — nahe an 100 vpt. — abgeworfen, gewiss ganz

annehmbare "Ehre". Aber so kraft wie in diesem Jahre ist der Wucher mit dem Grund und Boden, dem Eigentum der ganzen Nation, doch noch nie zu Tage getreten. Mit welchen Rechten aber nimmt die "Deutsche Tageszeitung", die schärfste Vertreterin des "Bebens im Industriegebiet", darauf Anstoß? Was in dem agrarischen Staate mit Recht gegen das mobile Kapital gelagt ist, das trifft aber nicht minder auf das immobile Kapital, den Großgrundbesitz zu, der durch die neuen Böle und durch die Blechpferde ebenfalls Wucher gewinne einheimst. Die Verstaatlichung, beziehlich die Expropriation des Großgrundbesitzes ist zum Wohle des gesamten Volkes nicht minder nützlich, als die der unterirdischen Schäfte. Und sicherlich wird das Volk, wenn es dem ihm zufolgenden Einfluss auf die Gesetzgebung gewinnt, nicht halt machen vor den Fidelikomissen und Laissez-fairen.

*
"Die Welt wird schöner mit jedem Tag." Die Lübecker steigen und steigen; Staat und Gesellschaft haben kein anderes Interesse, als die Wohlfahrt der Industriearbeiter zu fördern, eine ausgebreitete Beschäftigung, um deren weiteren Ausbau man nicht dinge zu sein braucht, beweist den Schutz des Leib und Leben, wird für die Witwen und Waisen sorgen, also wozu der Raum! — Mit diesen Worten glaubt ein Mitarbeiter der "Arbeiter-Zeitung" die Bestrebungen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei verbunden zu dürfen. Wie mag es in dem Kopfe eines jungen Menschen aussehen, der es mag, angeföhrt der grenzenlosen Vertretung der Lebensbedürfnisse, angehoben der öffentlichen Gemüthungen der herrschenden Gesellschaft, die Masse des Volkes immer reicher zu machen, von der Wohlfahrt der Industriearbeiter zu reden?

Unsere teuren Kolonien. Die bisherigen Gesamtkosten des Deutschen Reiches für seine "Schutzgebiete" betragen nach einer Berechnung der "Wissenschaftlichen Volkszeitung":

Kosten der Kolonialabteilung in Berlin	M. 6787800
Zentralverwaltung für Klausthou	404600
Reichsgutkonto u. v. für Kolonien	186710300
für Klausthou	85933810
Kosten der ostasiatischen Expedition	274106900
südwestafrikanischen Expedition	182848900
Raufgeld für die Kolonien	167500000

Insgesamt M. 7585423000
Das macht rund dreihundert Milliarden Mark. Demgegenüber beträgt der Handel mit den Kolonien von 1885 bis 1904, also innerhalb 20 Jahren, insgesamt 318 Millionen Mark. Was das bedeutet, zeigt der Umstand, dass im Jahre 1904 nach der kleinen Schweiz ausführten 327 Millionen Mark, also in einem Jahre soviel an Ausfuhr mit der Schweiz, wie in 20 Jahren an Ein- und Ausfuhr mit den Kolonien. Hierbei ist noch zu beachten, dass in dem Handel mit den Kolonien auch die Summe für die Gegenländer steht, die für die Beamten und Schutztruppen verwendet werden. Die "Wissenschaftliche Volkszeitung" berechnet diese Summe für die 20 Jahre mit 60 Millionen Mark. Damit stellt sich die koloniale Bilanz in runden Summen:

Ausgaben für die Kolonien	M. 750000000
Handel mit den Kolonien	260000000

Verlust M. 4900000000
Also rund eine halbe Milliarde ist auf Hintermeterschiffen in 20 Jahren für die Kolonien drausgegangen! Und wofür diese Auswendungen? 1904 lebten in deutschen Kolonien 5495 Deutsche, also so viel wie ein kleines Landstädtchen sah. Jeder Deutsche in den Kolonien hat also dem Reiche das runde Summen von M. 90 000 geschenkt!

Von der russischen Revolution. Im Jahre 1905 soll die Revolution 84 554 Opfer gefordert haben. Der kleinste Teil davon kommt auf die Regierung und ihren Anhang, der größte Teil auf das Volk. Insgesamt wurden niedergerichtet 14 180 Personen, hingerichtet 900, verwundet 19 524. Verhaftet wurden gegen 72 000 Personen. Die Vertreter der Regierung und des Kapitals hatten einen Verlust von etwa 700 Toten und etwa 800 Bewunderten. — Von Mitte Juli bis Ende August d. J. sollen über 600 Attentate vorgenommen sein, wovon nur 38 fehlgeschlagen waren. 244 Menschen kamen dabei ums Leben, 381 wurden verwundet.

Sozialdemokratischer Parteitag in Mannheim.

Politischer Massenstreik.

Resolution und Referat Bevölkerung.

Resolution.

Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse des Zentralvorstandes, den politischen Massenstreik betreffend.

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Radikalisierung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteiorganisation fordern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat er sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.

II.

Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendige Organisationen für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Sie stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt. Ein Ziel, das auch der Klassenbewusste Arbeiter der Gewerkschaft notwendig er-

streben muss. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Referat.

(Vor Kommissionen, die eine erneute Verhandlung notwendig machen.) Als wir im vorigen Jahre in Jena auseinandergingen, hat wohl niemand geahnt, dass wir in diesem Jahre schon wieder über den politischen Massenstreik sprechen müssen. Die Art, wie diese Diskussion probiert wurde, muss auf das allerentscheidendste verurteilt werden. Durch die Indiskretion der genannten "Einigkeit" in Berlin ist es zu groben Versehen gekommen. Ich finde, dass das Wort "Einigkeit" in diesem Falle der brutalen Hohn ist. Wenn man loyal zu Werte geben wollte, und wenn die betreffenden Redakteure sich als Parteigenossen betrachteten, war es ihre Pflicht und Schuldigkeit, bei dem Parteivorstand zunächst einmal einzutragen, ob das Protokoll über die Verhandlungen der Gewerkschaftsvertreter in Wahrheit das widerstellt, was in der vertraulichen Verhandlung verhandelt war. Wenn sie dann mit der Antwort nicht zufrieden waren, mussten sie tun, was sie für gut hielten. Aber auch dann würde ich die Veröffentlichung als Kreuzbruch charakterisieren müssen. Es trifft vielleicht auch hier einmal das Wort zu von der Kraft, die stets das Beste will und doch das Gute schafft.

Meine leibhaftige Verwunderung muss ich darüber aussprechen, dass, als jene teuflische Entstehung des Protokolls veröffentlicht wurde, ein ganzer Teil der Parteipresse ohne weiteres diese Dinge als wahr und richtig, unbeschreinbar und sich in der schärfsten Kritik gegen Parteivorstand und speziell gegen meine Person erging. Man nahm unbeherrscht an, dass das so berichtet sei auf Wahrheit beruht. Ich sage nicht an, zu erläutern: Wenn das wahr wäre, was damals durch die "Einigkeit" veröffentlicht ist und was bis zu einem gewissen Grade im Protokoll der Generalkommission seine Bestätigung findet, dann gäbe es keine Berichtigung scharf genug gegen diejenigen, die das erlaubt haben sollen. Denn dann wäre unsere Handlungswise, speziell die meinige, nichts mehr und nichts weniger als Parteiverrat. Ich kann es mir kaum vorstellen, wie eine Behörde wenige Monate nach einem Parteitag, auf eine bestimmte bestimmt haben, was nicht einmal unter uns verständigt haben, was wir der Generalkommission in der Zusammenfassung sagen wollten. Wir haben es jedem einzelnen Vorstandsmitglied überlassen, welche Mitteilungen, Anschauungen und Neuerungen er in dieser vertraulichen Verhandlung machen wollte. Es war von vornherein nicht beabsichtigt, nach irgend einer Richtung hin bindende Beschlüsse zu fassen. Das finden Sie auch bestätigt in dem Protokoll der Generalkommission auf Seite 6, wo Legien wiederholt erklärt, dass die am Freitag abgehaltene Besprechung über die Stellung der Generalkommission zu der Frage des politischen Massenstreiks durchaus unverbindlich gegeben sei — eine Abmachung, die nach keiner Richtung hin, weder nach der einen, noch nach der anderen Seite, zu bestimmten Beschlüssen drängen sollte. Wir sind zu diesem Beschluss gekommen, als sich gleichzeitig für uns die Notwendigkeit herausstellte, mit der Generalkommission über die oberschlesischen Partei- und Gewerkschaftsverhältnisse Klärungsrede zu nehmen. Diese Verhandlungen nahmen einen Tag in Anspruch; am zweiten Tage haben wir die ganze Situation besprochen und unfehlbar erklärt, dass die Lage nach unserer Auffassung derart sei, dass unter den dermaligen Verhältnissen unter keinen Umständen an einen Generalsstreik zu denken sei, weil er unrettbar mit einer glänzenden Niederlage der Partei endigen würde. Aus dem Protokoll soll auf Seite 7 und 8, wo das Referat des Genossen Silbermann steht, der Gedankengang hervorgeholt werden, den ich meiner Meinung entzweit habe. Nun habe ich die erste Seite in jener vertraulichen Besprechung gehalten, und die Seite hat nach meiner Auffassung sicherlich eine Stunde gedauert, nach der Auffassung des Genossen im Parteivorstande war sie von noch langerer Dauer. Jedenfalls war es eine Seite, die mit dem Inhalt einer Drucksseite nicht entzweit werden konnte.

Also, wenn schon an sich der Staatsinhalt in dem Silbermannschen Referate zeigt, dass unmöglich der Inhalt meiner Seite auch nur annähernd wiederholt werden kann, so kommt hingegen, dass die verschiedenen Gedankengänge derart ineinander und aneinander geschlossen worden sind, dass sie notwendigerweise zu einem durchaus falschen Bild führen müssten. Ich habe in der Konferenz meine Anschauung, wie überhaupt ein Massenstreik zu inszenieren

ist auseinandergezett. Ich habe dabei ausführlich Ver-
einigung genommen, die ganze deutsche innere Situation,
speziell die des Königreichs Preußen, einer Kritik zu unter-
ziehen. Ich habe nachdrücklich darauf hingewiesen, daß
darüber kein Zweifel besteht, daß ein Generalstreit
in Deutschland, beziehungsweise in Preußen, etwas anderes bedeuten würde, als
ein irgend einem anderen Lande der Welt,
dab die Gewalten und die Organisation, die uns da
gegenüberstehen — auf der einen Seite, das preußische
Königreich und Junctum, auf der anderen Seite die
französisch organisierten Industriekarone —, daß diese
sich jedem Versuch eines Massenstreits mit der
artig brutalen Mitteln entgegentreten
können, daß, wenn wir zu jenem schreiten
wollten, wir weit besser organisiert sein
müssten, als wir es jetzt und auf lange Zeit
hinaus sein können. Es wäre die absolute
Unmöglichkeit vorhanden, unter diesen
Umständen daran zu denken, einen her-
artigen Massenstreit in Szene zu setzen,
es stünde vielmehr zweifellos zu erwarten,
dab der Massenstreit fehlgehen würde und
dab der Schriftmacherkunst sofort die Ge-
legenheit ergreifen werde, zu Ausnahme-
mögkeiten zu schreiten. Dabei sei es ganz sicher
zu erwarten, daß diese Ausnahmegesetze die nötige Ver-
stärkung an den machenden Stellen im Reichstag und
in anderen Körperschaften finden würden.

Da haben wir uns gesagt, es wäre im höchsten Maße
gewissenslos, wenn wir in einer solchen Situation einen
derartigen Schritt täten. Wir müssen protestieren gegen
die Neuordnung einiger Parteidienstes in der Presse, wir
hätten den Massenstreit riskieren müssen, selbst in der
sichereren Voraussicht, dabei zu unterliegen. Freilich gibt
es Momente im Leben der Völker, wo es heißt: "coue que
coue" (Sprich tu so tu: es kost, was es wolle), wo der
Kampf bis zum äußersten aufgenommen werden muß, selbst
in der Voraussicht einer sicherer Niederlage. Aber ich
bestreite auf das entschiedenste, daß im gegenwärtigen
Moment die Situation in Preußen so beschaffen wäre, daß
ein derartiger Kampf aufgenommen werden dürfte. Eine
solche Aktion wäre nichts als eine Kopf-
lofigkeit und müßte mit einer fürchtabaren
Niederlage enden. Ich glaube, daß gerade die
jenigen, die den Vorstand fest heftig kritisieren, die ersten
seien würden, um gegen uns vorzugehen. Die Haltung,
die ein Teil der Parteidienstes gegen den Parteidienst bei
dieser Gelegenheit eingenommen hat, muß mich zu diesem
Urteil führen.

Es ist sehr begreiflich, daß die Gewerkschaftsführer, als
ob die Gewerkschaftspunkte entwidelt, hierin nicht nur eine
Verteidigung ihres Standpunktes erhielten, sondern mit
innerer Genugtuung auch noch weitere Schläfe zogen, als
sei ich überzeugt gegen jeden Massenstreit in der Zukunft
und gegen jede Massenstreitpropaganda. Daß diese physisch-
logische Erklärung richtig ist, geht daraus hervor, daß un-
mittelbar auf der Konferenz selber derartige Anklagungen
zu Tage traten, so daß ich genötigt war, auf das ents-
schiedenste zu erklären, ich stünde nach wie vor auf dem
selben Standpunkt, wie in Jena und hätte von meiner
Jenaer Rede kein Wort zurückzunehmen. Es ist eine
falsche Auffassung der Jenaer Resolution, als verlangte sie,
dab wir bei nächster Gelegenheit ohne weiteres in einen
Massenstreit eintreten sollten.

(Die Möglichkeit des Massenstreits.) Ein Blick auf die bisherige Massenstreitdebate zeigt, daß
ohne die Zustimmung der Gewerkschaftsführer und
Mitglieder an die Ausführbarkeit eines Massenstreits nicht gedacht
werden kann. Die bloße Tatsache, daß die Zahl der
politisch organisierten Gewerken nur 400 000 beträgt, muß
jeden vernünftigen Mann davon überzeugen, daß die Ar-
beiterschaft dieser, selbst wenn man einen gewissen An-
hang dazu rechnet, wirkungslos sein muß. Es ist geradezu
undenkbar, einen Massenstreit durchzuführen, ohne daß in
den Massen die Gesamtzustimmung dazu vorhanden ist.
Massenstreitstimmungen aber lassen sich nicht künstlich
machen. Das haben wir gesehen, als Mitte August d. J.
die Führer der russischen Sozialdemokratie mit Zweidrittel-
mehrheit den Massenstreit beschlossen. Dieser Massenstreit
aber scheiterte, weil die große Mehrheit der Arbeiter und
Arbeiterorganisationen erklärte, sie machten nicht mit. Das
sollte eine bemerkenswerte Lehre für diejenigen sein, die
da glauben, in jedem Augenblick sei ein Massenstreit zu
machen. Dabei darf aber nicht verkannt werden, daß die
Situation in Russland mit der in Deutschland nicht zu
vergleichen ist. Russland ist ein ökonomisch und politisch
sehr rückständiges Land. Russland wird despotisch regiert,
die Bevölkerung hat nicht die geringsten politischen Rechte.
Was sie sich erobert hat, ist dem Barat abgerungen, aber
noch nicht gesetzlich legitimiert. Der Kampf in Russland
ist ein revolutionärer Kampf, bei dem es sich darum han-
delt, die elementarsten Grundbedingungen des staatlichen
Lebens erst zu erobern.

Es ist natürlich, daß die Arbeiter, die diesen Kampf
führen, dabei auch soziale Verbesserungen ihrer Lage herbei-
zuführen suchen. Selbstverständlich nimmt dieser Kampf
Formen an, die wir bisher in keiner Revolution gesehen
haben. Die Arbeiterklasse greift zu der Waffe des Massen-
streits, weil es in Russland die einzige mögliche Waffe für
sie ist. In jedem revolutionären Kampf werden immer
neue Kampfmethoden angewandt, die der ökonomischen
Struktur der Länder entsprechen. Aber auch in Russland,
wo der Massenstreit natürlich eine große Rolle spielen
muß, scheitert er, wenn die Massen in einer gegebenen
Situation keine Zustimmung dazu empfinden. Das hat die
russische Sozialdemokratie erfahren. In Russland wird der
Kampf um eine neue Staatsordnung geführt, bei uns aber
find seit einer Reihe von Jahren die Vorbereitungen, um
die man in Russland noch kämpfen muß, bereits erklämpft.
Deshalb ist die Situation in Deutschland nicht mit der in
Russland zu vergleichen. Soviel wir an der Ordnung der
Dinge auch auszusehen haben, niemand wird doch behaupten,
dab wir in unserem Kampfe in allen Fällen zu
ähnlichen Methoden zu greifen hätten, wie unsere russischen

Gewerken. Wir haben im Deutschen Reich das allgemeine
Stimmrecht.

Lange vor Russland sind Massenstreits von den Ar-
beitern in Belgien, Holland, Schweden und Italien geführt
worden. Diese sind aber in ihrem Wesen und in ihrem
Ziel mit dem russischen Massenstreit nicht zu vergleichen.
Dort handelt es sich um einen großen revolutionären
Kampf unter den primitivsten Erfüllungsbedingungen, auf der
anderen Seite aber nur um einen Kampf um ganz be-
stimmte Ziele und bestimmt abgegrenzte Zwecke. 1893
hatte es sich in Belgien um die Eroberung des allgemeinen
Wahlrechts gehandelt. Der Massenstreit hatte ungemein
großen Erfolg, insfern als die Massenwahl abgeschafft und
das allgemeine Wahlrecht allerdings mit dem Pluralwahlrecht
gegeben wurde. Am Gegenabend zu selber haben die bel-
gischen Gewerken fast 30 Vertreter in der Kammer. Dagegen
ist der zweite Massenstreit in Belgien im Anfang
dieses Jahrhunderts gegen das Pluralwahlrecht, mitlungen
geblieben, deshalb, weil beim ersten Male die belgische
Bourgeoisie überwunpelt wurde und sich mächtig ins Hoch-
born jagte, das zweite Mal aber nicht. Ganz ähnlich
ist es mit den Massenstreits in Holland, Schweden und
Italien. In Italien waren die Massenstreits spontane Er-
eignisse, die aus dem Naturzustand des Volkes erklärlich waren.
Die Frage liegt bei uns ähnlich wie in den Ländern.
Es handelt sich bei uns nicht um die Umgestaltung des
ganzen politischen Oberbaus der bürgerlichen Gesellschaft.
Dudem ist bei uns der Massenstreit für die Eroberung
politischer Rechte im wesentlichen auf Norddeutschland be-
schränkt. Es ist doch selbstverständlich, daß wenn die Nord-
deutschen als legitimes Mittel zur Eroberung des Wahlrechts
den Massenstreit greifen, die Süddeutschen dabei natürlich
nicht mitmachen. Sie können uns höchstens moralisch und
materiell unterstützen. Eine Hoffnung etwa auf einen
Sympathiestreit der Süddeutschen wäre auf Sand gebaut.
Das müssen wir uns sagen, wenn wir die Situation salt
und müchnen betrachten. Und gerade bei dieser Frage ist
eine solche Betrachtungsweise vor allem angebracht.

Ob es in dem Falle eines Generalstreits zum Blut-
vergießen kommen könnte, kann ich nicht sagen. Jedenfalls
darf man nicht sagen, weil in Russland die Revolution
mit dem Massenstreit eingetreten ist, müssen wir dasselbe tun.
Welche Wirkungen von einer unaufrechten Waffe
eventuell ausgehen werden, erträgt sich jeder Berechnung.
Wir haben nie erklärt, daß wir eine Revolution machen;
wir haben immer betont, daß Revolutionen von oben, von den
herrschaftlichen Massen gemacht werden, die den Wünschen
des Volkes nicht entsprechen. Dazu aber, wenn das Wohl-
wollen der Unzufriedenheit im Volke den höchsten Grad erreicht
hat, es zu explosiven Ausbrüchen kommen kann, ist nichts
ausgeschlossen. Diejenigen, die da meinen, Deutschland
sei infolge des Volkscharakters der Deutschen für alle
Ewigkeit gegen derartige Revolutionen gefestigt, die irre
sind ganz gewaltig. Genauso wie man sagen kann, es wird
zur Revolution kommen, kann man sagen, es wird
auf keinen Fall zu gewalttamen Erhebungen in Deutschland
kommen. Für uns kommen nur für die Anwendung
des Massenstreits bestimmte Voraussetzungen in Frage.
In der Jenaer Resolution heißt es, daß es im Falle eines
Anschlags auf das allgemeine, direkte, gleiche und ge-
geneigte Wahlrecht oder das Koalitionsrecht Pflicht der gesamten
Arbeiterklasse ist, jedes Mittel anzuwenden, und als
ein solches Mittel bezeichneten wir die Massenarbeitsteilung.
Wenn ein Attentat auf das allgemeine Wahlrecht
geplant ist, oder wenn den Arbeitern das Koalitions-
recht geplant ist, oder wenn den Arbeitern das Koalitions-
recht geplant ist, dann gar nicht mehr die Frage
entsteht, ob wir wollen, sondern dann müssen wir, direkt
die wir besitzen, lassen wir uns nicht nehmen. Direkt
wir erbärmliche, elende Kerle. Das ist der Punkt, wo es
kein Feindschaft, kein Handeln und kein Reden mehr gibt.
Dann haben wir alsdann ins Feuer zu gehen, und wenn
wir auf der Strecke bleiben. Wenn die Gegner das ver-
suchen, dann haben sie auch die Konsequenzen zu tragen.
Dann sind wir als Männer und Frauen, die ihre Menschen-
rechte verteidigen, Rechte, ohne die mein Volk mehr existieren
kann, gewohnt, alles aufzubieten, um ein solches
Attentat zurückzuwehren, kostet es, was es wolle. Ich habe
die felsenfeste Überzeugung, daß dann weit über den
Nahmen der deutschen Sozialdemokratie, weit über den
Nahmen der Gewerkschaften hinaus die gesamte Arbeiter-
klasse, sowohl sie politisch denkt und fühlt, sowohl sie über-
haupt eine Idee von dem ungeheueren Werte dieser Rechte
besitzt, sich einmächtig diesem Kampf anstrengen wird. Gena-
anders, wenn es sich um ein Recht handelt, das man er-
eher erobern muß. Wir müssen uns klar machen, daß die Kraft
für Eroberung von Rechten, die in den Einzelstaaten wur-
den, durch Gründung des Deutschen Reiches ganz bedeutend
geschrägt ist. Ich glaube nicht, daß ein Süddeutscher Ge-
nossen behaupten wollte, es sei ausgeschließlich ihnen zu dan-
ken, daß sie das allgemeine Wahlrecht besitzen. Nein, das
ist die Folge der historischen Entwicklung, der ganz eigen-
tümlich anders gearteten ökonomischen und politischen Ver-
hältnisse in den Süddeutschen Staaten, insbesondere der
grundsätzlich verschiedenen Stellung der verschiedenen bürgerlichen
Parteien untereinander. In keinem dieser Staaten hat
man das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl-
recht den Sozialdemokraten gegeben, sondern die Wehr-
heitsparteien glaubten dadurch die Herrschaft erlangen zu
können. Das die Sozialdemokratie dadurch gewann, war
eine sehr unangenehme Beigabe. Hätten sie das vermeiden
können, dann hätten sie es getan. Man hat auch nach
anderer Richtung hin ganz merkwürdige Erfolge in der
Partei gemacht; man hat die Dinge vollständig auf den
Kopf gestellt, als wenn die Agitation tatsächlich das all-
gemeine Reichstagswahlrecht herbeigeführt hätte. Zu einer
Zeit, wo das noch nicht geschehen war, bestand in den konser-
vativen Kreisen, die sich damals um Wagner
gruppierten, die Idee, auf Grund der Erfahrungen,
die die Konservativen in der Konfliktzeit mit dem Dreifl-
lagswahlrecht gemacht hatten, das allgemeine Wahl-
recht für Preußen zu gewähren, in der Hoffnung, daß es
durch möglich wäre, die oppositionelle Dreiflags-
majorität zu stürzen. Das ist historische Wahrheit, und
von diesem Gedankengang ist auch Bismarck beeinflusst
gewesen. Es gab für Bismarck bei Schaffung des Reichs-
tages des Norddeutschen Bundes gar keine andere Möglichkeit.

seit, als die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten
und geheimen Wahlrechts. So sehr ich bereit bin, unseren
Einfluß auf die öffentlichen Dinge nach jeder Richtung
hin zur Geltung zu bringen, so müßt ich doch auf der
anderen Seite sehr nachdrücklich gegen eine derartige Ge-
schäftsabschaltung nicht wenden, als wären wir damals schon
sehr weß wie mächtig gewesen.

Rum ist zweifellos durch die Einführung des allge-
meinen Wahlrechts, durch die soziale Gesetzgebung lange
Jahre das Interesse der Arbeiter für den Reichstag in An-
spruch genommen worden, während sie für den Landtag
keinen Interesse hatten. Sagte doch Liebknecht noch vor acht
Jahren: "Was, was geht uns der preußische Landtag an.
Den lassen wir verfallen." Ich selbst habe in Köln eine
Gedenkfeier für Philipp II. gegen die Beteiligung an den Land-
tagswahlen gehalten. 66 Jahre haben wir uns nicht um
den Landtag gekümmert. Es wäre eine physische Un-
gehobenheit, wenn wir bei der langen Tradition, die es
am Ende hängt, plötzlich in den Massen große Be-
geisterung für den Massenstreit gegen das Dreiflags-
wahlrecht verlangen wollten. Wenn sich auch die Gegner
darauf freuen, so muß ich doch sagen, es ist gegenwärtig
noch nicht der Moment gekommen, daß wir in den Massen-
streit für das allgemeine Wahlrecht in Preußen eintritt.

Es denkt niemand von uns (vom Parteidienst) daran, die Jenaer Beschlüsse aufzuheben oder irgendwie
zu bemängeln. Nicht ein Wort der Jenaer Resolution
entspricht der Auffassung, die die Gegner der Tatsäch-
lichkeit des Vorstandes geäußert haben. Genauso wie nehme ich ein
Wort meiner damaligen Rede zurück. Ich möchte hier nur eine
charakteristische Stelle hervorheben. Nachdem ich die
verschiedenen Massenstreits in den verschiedenen Ländern
besprochen habe, komme ich auf Deutschland, und da sage
ich: Wir Deutsche tun nicht so leicht einen Schritt, den
wir uns nicht genau überlegt haben, was uns ja den Vor-
wurf zugezogen hat, wir wären wie der österreichische Land-
sturm, der immer hinten nachhinkt. Wir sind der Meinung:
Sche wir uns in so große Kämpfe einlassen,
müssen wir erst gründlich organisiert, agitiert,
politisch und wirtschaftlich die Aufklärung schaffen, die Masse selbst
bewußt und widerstandsfähig machen, sie
begeistern für den Moment, wo wir ihr sagen müssen: Du
hast Dein alles einzusegen, weil eine Lebensfrage für Dich
als Mensch als Familienvater, als Staatsbürger auf dem
Spiele steht.

Wenn ich auch mit großer Begeisterung für den Massen-
streit eingetreten bin, so kann man doch aus seinem Wort
herausnehmen, daß ich bereits im nächsten Jahre für einen
Massenstreit eingetreten sei. Gerade weil es sich für uns
nach der ganzen Gestaltung der politischen Verhältnisse in
Deutschland um ganz bestimmte Rechte handelt, für die der
Massenstreit inszeniert werden muß, und weil wir im
eigenen Interesse den Wunsch haben müssen, eine solche
Demonstration vollständig in der Hand zu haben, verlangen
wir, daß in viel höherem Maße jetzt agitiert und auf-
gerufen wird, damit wir im gegebenen Moment unter
disziplinierten Massen, die die undisziplinierten fortsetzen
sollen, in der Hand haben, so daß keine Dummheit gemacht
wird. Ich erkläre Ihnen im Namen des gesamten Parteidien-
stes und der Kontrollkommission, die wir darüber
beraten haben, wir stehen auf dem Boden, daß zwar der
Massenstreit notwendig sei, aber wir lassen uns nicht in
einem Massenstreit hineinziehen, einer von welcher Seite das geschieht. Wir betrachten
den Massenstreit als die lezte Rettung unserer Partei,
aber als ein Kampfmittel, das wir mit aller Kraft und
Disziplin und Selbstüberzeugung anwenden müssen, um
ihn so zu gestalten, wie wir es im Interesse der Partei
und des Volkes für notwendig halten. Das können wir im Augenblick mit unserer Organ-
isation noch gar nicht risieren. Darüber ist
jeder Optimismus falsch. Wir haben nach jeder Richtung
in unsre Tätigkeit entfaltet, so daß gerade die Auseinandersetzung
in Jena bereits in der kurzen Frist von einem Jahre sehr
schöne Erfolge gebracht hat. Aber die Agitation muss noch
ganz anders geführt werden, und wenn das geschehen ist,
wollen wir einmal sehen, was wir weiter tun müssen.

Amendement und Korreferat Legiens.
Legien beantragt, dem 1. Absatz der Bebel'schen Resolu-
tion folgende Fassung zu geben: Der Parteidienst
bestätigt den Jenaer Parteidienstbeschuß
zum politischen Massenstreit, mit dem die
Resolution des Cölnner Gewerkschafts-
kongresses nicht in Widerspruch steht.

Korreferat.
(Zum Protokoll der Gewerkschaftsvor-
stände-Konferenz) Als die Justizktion der
"Eingkeit" erschien, hatte die Generalkommission gerade
Sitzung. Wir sagten uns, es ist überflüssig mit dem
Parteidienst zu verhandeln, denn das, was die "Eing-
keit" veröffentlicht hat, widerspricht ja nicht dem Jenaer
Beschuß, insbesondere auch nicht den Ausführungen von
Bebel. Wir dachten uns, der Vorstand wird erläutern:
Selbstverständlich haben die Verhandlungen stattgefunden.
Und das, was da gesagt ist, deckt sich vollständig mit der
Auffassung, die in Jena zu Tage getreten und gegenwärtig
in der Partei vorhanden ist. Ganz im Gegensatz zu unserer
Auffassung aber kommt mit einem Male die Erklärung von
Bebel, daß das im Protokoll wiedergegebene Referat von
Silber Schmidt voller Widersprüche ist und daß namentlich
die sechs Thesen, die Silber Schmidt dem Sinne nach
wiedergegeben hat, stark entstellt seien. Es handelt sich
aber nicht um Meinungsunterschiede von Silber Schmidt.
Die von ihm niedergeschriebenen Thesen waren nicht Thesen
von ihm oder Bebel, sondern es waren Thesen, die als
richtig anerkannt worden sind von den Vertretern, die an
der Sitzung vom 16. Februar teilgenommen haben.
Die einstündige Rede gab Silber Schmidt und nicht
Bebel Verantwaltung, die wichtigsten Punkte kurz zu
stizzieren. Wir sollten die Vereinbarung der Kon-
ferenz der Zentralvorstände vorlegen. Silber Schmidt
hat infolgedessen die Thesen stizziert. Es ist falsch, und
hat infolgedessen die Thesen stizziert. Es ist falsch, das
uns von dem Parteidienst oder von Bebel irgendwie

bestimmte Sätze oder Thesen vorgelegt sind. Sie sind einfach von Silberschmidt niedergeschrieben. Sie sind nach der Rede von Bebel vertreten, von Bebel und anderen kritisiert, sie sind abgeändert worden, wurden wieder verlesen, und dann ist gesagt: Schön, nun wollen wir in den beiderseitigen Körperschaften weiter über diese Sätze verhandeln. Wenn es so ist, Genosse Bebel, wie können Sie da öffentlich erklären, daß die Sätze stark entstellt wieder gegeben worden seien? Nein, das sind die Sätze, denen Sie am 16. Februar zugestimmt haben! (Bebel ruft wiederholend: Das ist nicht wahr!) Dann bitte ich Sie, uns zu beweisen, daß Sie uns etwas vorgelegt haben. Umbrüst als Teilnehmer habe ich Beginn der Sitzung den Antrag gestellt, einen Protokollführer zu bestellen. Es wurde von Pfannluch oder von Bebel erklärt: das ist nicht nötig. Und uns ist nichts Schriftliches von Bebel vorgelegt worden. Beweisen Sie doch, daß die Sätze sich anders abgespielt haben! Bebel hätte es sich sehr überlegen müssen, bevor er die Erklärung abgab, daß die Sätze stark entstellt sind. Genau, die Wiedergabe eines Referats kann voller Verständnis sein. Darüber streiten wir uns nicht. Wir streiten uns nicht darüber, ob Silberschmidt das wieder gegeben hat, was Bebel vorgelegt hat. Wir hatten die Empfindung, als ob er das tatsächlich wieder gegeben hat. Über das ist nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, daß man uns den Vorwurf gemacht hat, daß die Thesen entstellt sind. War sich Bebel denn nicht bewußt, was er damit den Vertretern der Generalausschüsse sagte? Entweder ihr seid Schafköpfe oder Gauner. Schafköpfe wären wir dann gewesen, wenn wir das nicht verstanden hätten, oder Gauner, wenn wir augelassen hätten, daß Silberschmidt etwas anderes, als in der Konferenz vorgelommen, berichtet hätte. Bebel sagt, das Protokoll gibt die Verhandlungen nicht richtig wieder. Silberschmidt soll sich in Widersprüchen ergangen haben. Ich finde keinen Widerspruch, denn in dem einen Falle handelte es sich um theoretische Auseinandersetzungen über den politischen Massenstreit, in dem anderen Falle um Beratungen über die praktische Durchführung. Bebel behauptet weiter, es sei bei den Beratungen im Parteivorstand nicht auf die Stimmung hingewiesen worden, die sich in Hamburg, Sachsen und Preußen, besonders in Berlin, geltend machte. Zu der Rede von Bebel ist das allerdings nicht gesagt, aber zu Anfang der Sitzung meinte Pfannluch: Wir halten uns für verpflichtet, mit der Generalausschüsse eine Beratung zu pflegen. Die Stimmung in Hamburg, Sachsen, Preußen und besonders in Berlin, wo gedrängt wird, veranlassen uns dazu. Silberschmidt hat also durchaus nicht falsch berichtet.

(Möglichkeit, Form und Art des Massenstreits.) Wenn je der Beweis dafür geliefert ist, daß es unpraktisch ist, für eine rings von Feinden umgebene, vorwärts strebende Partei die Kampfmittel von vornherein zu bestimmen, die in einem gegebenen Moment angewandt werden sollen, dann ist der Beweis dafür durch die Vorausschüsse geliefert, die wir seit Jena erlebt haben. Bebel hat vor den politischen Massenstreit empfohlen. Mit Berichtigung ist seine Forderung abgelehnt worden, und was haben wir heute? Nahezu die Hälfte der Rede von Bebel war gerichtet auf die Abwehr der gegen ihn und den Parteivorstand erhobenen Angriffe. Das ist die Folge dessen, daß man sich auf ein Kampfmittel festlegt, ohne die Überzeugung zu haben, daß es sich in aller nächster Zeit wird durchführen lassen. Vielleicht sieht Bebel heute ein, daß mein Antrag in Jena auf Streichung dieses Sätze durchaus begründet war. Ich erklärte damals, daß dieser Satz ein Zugeständnis an den Anarchosozialismus sei. Wie recht ich hatte, dürfte Bebel wohl jetzt eingesehen haben. Die Anarchosozialisten haben tatsächlich den Jeneser Beschluß als ein Zugeständnis, als eine Abzugszahlung angesehen, die wir seit Jena erlebt haben. Bebel hat vor den politischen Massenstreit empfohlen. Mit Berichtigung ist seine Forderung abgelehnt worden, und was haben wir heute? Nahezu die Hälfte der Rede von Bebel war gerichtet auf die Abwehr der gegen ihn und den Parteivorstand erhobenen Angriffe. Das ist die Folge dessen, daß man sich auf ein Kampfmittel festlegt, ohne die Überzeugung zu haben, daß es sich in aller nächster Zeit wird durchführen lassen. Vielleicht sieht Bebel heute ein, daß mein Antrag in Jena auf Streichung dieses Sätze durchaus begründet war. Ich erklärte damals, daß dieser Satz ein Zugeständnis an den Anarchosozialismus sei. Wie recht ich hatte, dürfte Bebel wohl jetzt eingesehen haben. Die Anarchosozialisten haben tatsächlich den Jeneser Beschluß als ein Zugeständnis, als eine Abzugszahlung angesehen, die wir seit Jena erlebt haben. Bebel hat vor den politischen Massenstreit empfohlen. Mit Berichtigung ist seine Forderung abgelehnt worden, und was haben wir heute? Nahezu die Hälfte der Rede von Bebel war gerichtet auf die Abwehr der gegen ihn und den Parteivorstand erhobenen Angriffe. Das ist die Folge dessen, daß man sich auf ein Kampfmittel festlegt, ohne die Überzeugung zu haben, daß es sich in aller nächster Zeit wird durchführen lassen. Auch diese Protagonisten haben sich in ihren Hoffnungen getäuscht, weil sie ihre Erwartungen zu hoch gespannt hatten. Wenn man die Jeneser Resolution objektiv und ruhig durchliest, so hat man eigentlich die Empfindung, daß der Satz vom politischen Massenstreit da hinein geliebt ist. Entgegen aller Tradition hat man hier ein Kampfmittel von vornherein festgelegt. Visher pflegten wir dem Gegner nicht zu verraten, was wir im gegebenen Moment tun würden. Dies Abweichen von der alten Tradition hat eine ganze Reihe von Genossen sehr unangenehm berührt. Dazu kam, daß wir mehr als zwei Jahrzehnte in Deutschland zu der Auffassung erzogen sind, die Auer so formuliert hat: Generalstreit ist Generalunruh. Da sollen wir mit einem Male unsere Meinung ändern? Sollen wir all das, was wir Jahrzehnte lang für richtig gehalten haben, was uns von unseren ersten Erfahrungen geprägt ist, mit einem Male über den Haufen werfen? Nicht jeder kann seine Meinung von einem Tag auf den anderen ändern. Das mag man anderen zulassen, uns nicht. Man hat ja auch zehn Jahre hindurch in der Partei gefehlt, daß Revolutionen im alten Stile nicht mehr gültig sind. Man hat immer gesagt: Auf dem Boden der Geschicklichkeit gediehen wir am besten. Man hat immer und immer wieder gesagt: Wir können keinen gewaltfahnen Widerstand leisten.

Als wir dann bei den Wahlen von 1903 die meisten Stimmen aufbrachten und die zweitstärkste Fraktion des Reichstages wurden, da gab die Kathode, daß wir trotzdem außerlich einen sehr geringen Einfluß haben, einem Teile unserer Genossen Anlaß, zu erklären, so geht es nicht weiter, es müssen andere Seiten aufgezogen werden. Dazu kamen die Vorgänge der russischen Revolution und all das

erklärt, daß man nach neuen Kampfsmitteln sucht. Es ist auf die Erfolge des Massenstreits in verschiedenen Ländern hingewiesen worden. In Italien hatte der Massenstreit keinen Erfolg, in Holland war er verloren. Die Folge davon waren Streikgesetze. Und einen Streit, wie wir ihn in Schweden gehabt haben, können wir in Deutschland alle Tage herbeiführen. Die Zustände in Österreich völlig sind mit denen in Deutschland gar nicht zu vergleichen. Dort herrscht der Nationalitätenhaber; die Regierung selbst will dort das Wahlrecht ändern, und man könnte fast sagen, die österreichische Sozialdemokratie handelt mit dem Willen der Regierung. Man erblüht in Österreich in der Arbeiterschaft heute geradezu den Neter des Staates. Die Arbeiter stehen nicht so im Gegensatz zur Regierung und den herrschenden Klassen wie in Preußen. Trotzdem würde Ihnen, wenn Sie unsre österreichischen Vertreter fragen würden, was eingetreten wäre, wenn es zum politischen Massenstreit gekommen wäre, genau dieselbe Antwort zu teilen wie mir: „Blutergießen!“ Wenn man damit schon dort rechnet, wo man das Recht auf die Strafe besitzt, das wir uns erkämpfen müssen, wie will man dann Vergleiche ziehen zwischen den Vorfällen in diesen Ländern und bei uns? Nur wenn man nun gar mit Ruhland kommt und sagt, daß dort zum ersten Male der politische Massenstreit als revolutionäres Kampfmittel angehoben ist, so stimmt das nicht. Die ersten Kämpfe in Ruhland waren genau solche Lohnkämpfe, wie wir sie in Deutschland mit wechselnden Erfolgen führen. Es wurden Forderungen auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gestellt. Um diese Forderungen ist gekämpft worden. Später waren es nicht mehr einfache Arbeitseinstellungen zur Erreichung bestimmter Forderungen, sondern revolutionäre Ausbrüche. Da steht das russische Volk für seine Freiheit alles aufs Spiel. Wie kann man da sagen, daß sich das, was sich dort vollzogen hat, in gleicher Weise in Deutschland vollziehen kann. Ich stimme mit Bebel vollkommen überein; derjenige ist sich, der da meint, daß es in Deutschland oder Preußen zu einer revolutionären Periode wie in Ruhland nicht kommen kann. Ich bin überzeugt, wir kommen in eine solche Periode hinein. Es wird die Stunde schlagen, wo wir alles einsetzen müssen, um die alten Rechte zu erhalten oder neue Rechte zu erwerben. Aber man soll nicht sagen: kommt die Stunde kommt, dann muß das und das geschehen; kommt die Stunde, dann ist die Entscheidung schnell getroffen, dann werden die Massen, wenn konservative Leute an der Spitze stehen, einfach über die Köpfe der Führer hinweg entscheiden. Dann gibt es kein Verhältnis mehr zwischen dem politischen Massenstreit mehr, dann ist der politische Massenstreit da. Glauben Sie, daß dann unsre politisch und gewerkschaftlich geschulten Arbeiterschaften in der Fabrik stehen bleiben werden?

Neuerdings finden wir, daß sich die Stimmen mehren, die den politischen Massenstreit gemisstrauen als Anfang der Revolution betrachten. Bebel sagte richtig heute, ob diese Auffassung richtig sei oder nicht, wolle er dahingestellt sein lassen, es sei jedenfalls ungeschickt, solche Auffassungen auszusprechen. Nur noch viel ungeschickter halte ich es aber, wenn man in dem Gegner sagt, welches Kampfmittel man zu gebrauchen an der jeweiligen Zeit anwenden will. Wenn man es für ungeschickt hält, eine solche Meinung auszusprechen, dann soll man diese Frage nicht erst zur Diskussion stellen, denn Einigkeit herrscht doch über die Frage, ob der Massenstreit anwendbar ist oder nicht, keinesfalls.

Wenn man nun den Massenstreit, von dem Standpunkt betrachtet, daß er durchzuführen ist ohne blutigen Kampf, so kann man von zwei Voraussetzungen ausgehen: entweder man sucht durch den politischen Massenstreit das ganze Getriebe des Staates lahmzulegen und dadurch die herrschenden Klassen zu zwingen, den Anforderungen des Proletariats nachzugeben, oder man betrachtet einen solchen politischen Massenstreit als Demonstration nach außen, um zu zeigen, welche Massen heute für die Forderungen des Proletariats eintreten. Daß wir das erste wenigstens in der gegebenen Situation nicht können, darüber sind wir uns wohl klar. Um das Getriebe des Staates lahmzulegen, bedürfen wir in erster Linie der Organisation der Transportarbeiter, und diese, insbesondere die Eisenbahner, fehlen uns in der Organisation vollständig. Glaubt man denn wirklich — daran möcht' ich besonders erinnern —, daß nachdem wir uns Jahrzehnte vergeblich bemüht haben, die Eisenbahner zu organisieren, nachdem wir ihnen Jahrzehnte vor Augen geführt haben, wie durch die Organisation ihre wirtschaftlichen Interessen gefordert werden, glaubt man wirklich, daß sich nur diese Leute durch die Idee des politischen Massenstreits für unsere Bewegung gewinnen lassen? Ich glaube es nicht. Es fehlen uns also die Arbeiterschaften, die in der Lage wären, das ganze Getriebe des Staates lahmzulegen. Andererseits soll ja die Demonstration der politischen Massenstreit nicht benutzt werden, das hat ja besonders Bebel erklärt, indem er sagte: „Wir dürfen unter keinen Umständen auf die Strafe gehen, wir dürfen uns nicht zeigen.“ Das war ja ein besonderer Teil seiner Rede in Jena. Dort sagte er: „Nun, in Wirklichkeit hat der Bergarbeiterstreit nicht die geringste Handlung, zum Einschreiten geboten.“ Die Bergarbeiter haben einen großen Streit geführt, der bedeutender war als die sogenannten Massenstreits in allen anderen Ländern. Je gewesen sind, und zwar in bewundernswürdiger Ruhe. Keine Fäße dampfte. Die Dörfer lagen so friedlich da, als wohnte kein Mensch darin. Wenn das möglich ist bei einer Arbeiterschaft, die politisch und kulturell rückständig ist als manche andere, da muß man doch fragen: Was müssen wir da nicht leisten können bei weit größeren Mitteln und einer weit mehr entwickelten Organisation und Disziplin.

Also Bebel bringt hier Klipp und klar zum Ausdruck: Demonstration soll der Massenstreit nicht wirken, es soll niemand auf der Strafe zeigen. Ja, was soll uns dann aber dieses Kampfmittel des politischen Massenstreits? Was wollen wir dann damit erreichen? Können wir ihn nicht durchführen, um das Getriebe des Staates lahm zu legen, und wollen wir ihn nicht benutzen als Demonstration, was nicht er uns dann noch? Wie liegen denn die Dinge heute? Ich kann wohl ohne weiteres sagen: in der Metall-

und Holzindustrie, in dem ganzen Baugewerbe und auch in einem Teile der Bekleidungsindustrie würde eine Massenarbeitseinstellung durchgeführt werden können. Bei der Fahrzeugindustrie würde die Sache schon schwieriger stehen, da mangelt es an der ausreichenden Organisation. Ja aber, Parteigenossen, was wäre denn nun erreicht, wenn wirklich die genannten Gewerbe der Parole folgen und die Arbeit einstellen würden? Glauben Sie denn, daß sich durch einen solchen Streit, das Unternehmertum oder die Regierung zu bestimmten Zugeständnissen zwingen lassen würde? In einer solchen Situation handelt es sich doch für unsre Unternehmertum und für die herrschenden Klassen um Sein oder Nichtsein. Da wird ein Kampf geführt, um die Existenz und um die Vorrechte dieser Klasse. Glauben Sie denn, daß diese Klasse in einer solchen Situation nicht 14 Tage oder vier Wochen lang die Betriebe der Metallindustrie, Holzindustrie und des Bau- gewerbes ruhen lassen würde? Das tun sie doch heute schon! Schon heute sperren sie die Arbeiter Wochenlang aus, um ganz andere, minderwertige Zwecke zu erreichen. Und was werden sie erst tun, wenn es sich darum handelt, die Vorrechte, die sie besitzen, zu verteidigen? Wagen Sie sich doch die Situation einmal klar! Anders liegt es, wenn wir den politischen Massenstreit als Demonstration benutzen wollen, und wenn dann diese Hunderttausende, vielleicht mehr als eine Million Arbeiter der genannten Gewerbe als Masse zusammentreten und nach außen hin zeigen: hier stehen wir, und können nicht anders; diese Forderungen stellen wir.

Sie bewegen sich (mit der Massenstreitdiskussion) auf einer vollständig irigen Bahn, wenn sie sich einerseits bemüht sind, wir können als Pressmittel den politischen Massenstreit nicht anwenden, und andererseits sagen, als Demonstrationsmittel wollen wir ihn nicht anwenden, weil wir da Gefahr laufen, mit den Staatsgewalten in Konflikt zu kommen.

Als letztes Mittel mag uns die allgemeine Arbeitseinstellung dienen. Aber man soll von der Auffassung abgehen, daß man einen solchen Streit als Demonstration durchführen könnte, ohne auf die Strafe zu gehen. In einem solchen Falle müßt man sich eventuell das Recht auf der Strafe erlaufen. Da müssen wir Leben und Blut eventuell preisgeben. Dann handelt es sich nur darum, zu prüfen: Ist das Objekt das Opfer wert, die wir zu bringen genötigt sind? Ist es das Blut und Leben der Arbeiterschaft wert? Das ist die einzige Frage. Kommen wir zu einer Entscheidung, dann können wir nicht sagen: fest Euch in Eure Dogmamarke, bleibt zu Hause und wartet ruhig ab, bis die Regierung bestimmt, was Ihr fordert. So gehen die Dinge nicht.

(Cöln und Jena.) Die Diskussion über den politischen Massenstreit halte ich in gewissen Beziehungen für gefährlich; nicht für gefährlich etwa nach der Richtung hin, daß ich fürchte, wir könnten durch die Diskussion über den politischen Massenstreit in nächster Zeit gegen unseren Willen zu einem solchen Massenstreit gebracht werden. Wir glauben doch, daß das Verantwortungsgefühl der obersten Instanzen groß genug ist, um im letzten Augenblick zu ersparen: Nein, zu dem Mittel kann nicht gegriffen werden, und daß die Disziplin der Massen groß genug ist, um den Wettungen der leitenden Stelle zu folgen. — Aber noch einer anderen Richtung lege ich eine Gefahr, wenn wir dieses Kampfmittel propagieren, darüber diskutieren. Es kann leicht dahin kommen, daß die Massen glauben, es können mit diesem Kampfmittel in ablesbarer Zeit bestimmte Forderungen durchgedrückt werden, und wenn dann in kritischen Situationen, wie sie bei uns am 21. Januar gegeben waren, von oben, von der leitenden Stelle erklärt wird: wir können dieses Kampfmittel nicht anwenden; dann tritt Entäuschtung bei den Massen ein und es wird schwer sein, sie wieder für unsere Kampforganisation zu gewinnen. Von diesen Gesichtspunkten gingen der Cölners Gewerkschaftsverein und der Generalstreit aus. Es ist nun gefragt worden, hatte der Gewerkschaftsverein überhaupt Ursache zur Beratung des politischen Massenstreits? Es ist ihm vielleicht vorgekommen, daß er vor der Parteileitung diese Frage verhandelt und entschieden hat. Gerade dieser Umstand hat viele Genossen veranlaßt, sich gegen den Cölners Beschluß zu wenden, ohne ihn in seinen Einzelheiten zu prüfen. Demgegenüber behauptet ich, daß das Recht zur Beratung des politischen Massenstreits unbedingt dem Gewerkschaftsverein zusteht. Sie dürfen nicht vergeßen: kommt es zur Anwendung dieses Kampfmittels, dann sind die Gewerkschaften die ausführenden Organe. Und sie sind es, die auch den größten Teil der Führer zu stellen haben werden. Denn es wird sich ganz selbstverständlich bei diesem Kampfmittel der Zusammenhalt nach Berufen als das allerbeste erweisen.

Weiter kommt im Betracht, daß die Erörterung des politischen Massenstreits bei uns in Deutschland querst von den Sozialisten ausgeganzen ist, und gerade deshalb hatte der Kongreß nicht nur das Recht, sondern die Pflicht sich mit dieser Frage zu befassen. Denn wir haben die Erfahrung doch in anderen Ländern gemacht und machen sie jetzt auch in Gewerkschaften der Generalstreitgegenseite Wutzel greift. Bei der Confédération générale, bei den Arbeitersparteien in Italien, bei dem nationalen Arbeiterschaftsrat in Holland ist, wie bei den Sozialisten in Deutschland, der politische Massenstreit als Kampfmittel anerkannt, und Sie werden mir zugeben: gewerkschaftlich haben diese Organisationen gar nichts geleistet, haben sie keine Bedeutung, und zwar gerade aus dem Grunde, weil man dort glaubt, im politischen Massenstreit das Kampfmittel gefunden zu haben. Nach diesen Erfahrungen war es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit des deutschen Gewerkschaftsvereins, die Arbeiter zu warnen vor der Idee des Generalstreits. Die Partei sollte uns darüber sein, daß wir es auf unserem Kongreß verhindert haben, daß sich bei uns der antiparlamentarische Standpunkt unter den Arbeitern nicht ausbreite, wie bei den Sozialisten und in Italien, Holland und Frankreich. Die Partei sollte uns darüber sein, daß wir

die Gewerkschaftsgenossen warnen, der Idee des anarchistischen Generalstreiks zuliebe die notwendige Kleinarbeit hinzutun. Zur Entschuldigung derjenigen, die sich gegen den Beschluss des Gewerkschaftsvereines gewandt haben, kann ich nur annehmen, daß sie entweder den Cölnischen Beschluss nicht gelesen haben, oder daß sie nicht begriffen haben, was er in erster Linie bezeichnete. Wenn die Parteipresse, anstatt die Führer der Gewerkschaften und den Kongress in einer Weise angreift, wie es geschehen ist, liegen die Gründe, die den Gewerkschaftsverein zu seiner Stellungnahme geführt haben, geprüft hätte, dann hätten wir die heutigen Auseinandersetzungen, die in am allermeisten vermieden geblieben wären, erwartet. Denn was kommt denn bei dieser Diskussion des politischen Massenstreits heraus, zu der Sie uns gezwungen haben? Was heißt denn diskutieren? Diskutieren heißt, sich darüber auszuseinanderzusetzen, ob ein in Vorschlag gebrachtes Kampfsmittel anwendbar ist oder nicht. Bei einer solchen Diskussion müssen wir dann selbstverständlich dazu kommen, unsere Schwächen darzulegen. Das habe ich wohl heute auch getan. Ich habe vor aller Welt gezeigt, wie schwach wir eigentlich sind, wie schwach es mit unserer Organisation noch besteht ist, wie wenig wir in der gegenwärtigen Situation noch bestellt ist, wie schwach es mit unserer Organisation noch bestellt ist, wie wenig wir in der gegenwärtigen Situation nicht zu fürchten brauchen. Das ist der Erfolg, den diejenigen, die die Diskussion empfohlen haben, herbeiführt haben. Aus diesem Grunde hatte ich in Jena die Bemerkung, den betreffenden Satz zu streichen. Er hätte sich gut herausstellen können, ohne irgend etwas an unfeiner Stellung zu ändern, und es wäre diese Streichung sehr erwünscht gewesen, weil sich dann die Cölnische und Jenaer Resolution vollständig gedeckt hätten.

Ich bin genötigt, Ihnen wenigstens einige Sätze der beiden Resolutionen zu zitieren, um die Richtigkeit dieser meinen Behauptung zu beweisen, die ich aufführe, um Sie zu überlassen, den von mir gemachten Vorschlag auf Aenderung der Resolution Bebel zu akzeptieren. Es heißt in der Cölnischen Resolution: „Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress erachtet es als eine unabkömmlige Pflicht der Gewerkschaften, daß sie die Verbesserung aller Gefeße, auf denen ihre Erringung beruht, und ohne die sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, nach besten Kräften fördern und alle Versuche zu befreiden, mit die bestehenden Vollrechte zu befreien, mit aller Entschiedenheit, zu kämpfen.“ Damit steht sich ein Teil der Jenaer Resolution. Da heißt es: „Demgemäß erachtet der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Antrages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignete erreichende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.“ Diese beiden Sätze lassen die Frage, was im entscheidenden Moment zu geschehen hat, offen. In beiden besteht der Gedanke vor: kommt es zu der entscheidenden Stunde, dann werden wir jedenfalls das Kampfsmittel des politischen Massenstreits anwenden. Nun kommt aber der Satz, von dem ich erst sagte, daß entgegen aller Tradition der Partei in die Resolution ein Kampfsmittel von vornherein, wie ich weiß, nahezu hineingeprägt worden ist. Wäre er nicht hineingeflossen, so gäbe es gar keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Vertretern der Partei und der Gewerkschaften. Denn es kommt ja nicht allein auf den Wortlaut der Resolution an, sondern auch auf ihre Begründung. Und nun hören Sie einmal, was Bömelburg als Referent über diese Frage ausgeführt hat. Er sagte: „Eine Erörterung der Frage des politischen Massenstreits zur Erweiterung oder Erhaltung der Vollrechte braucht man nicht aus dem Wege zu gehen. Aber ich würde es für einen entschiedenen Fehler halten, wollte man den politischen Massenstreit als ein neues Kampfsmittel gegen die Reaction im voraus bestimmen. Die Taktik im Kampfe gegen Unternehmertum und Reaction kann man nicht beliebig im voraus bestimmen, sondern sie hat sich nach den Verhältnissen zu richten. Ich habe in meiner Resolution ausgesprochen, daß die Gewerkschaften die Pflicht haben, jeden Bericht der Reaction, die Vollrechte zu befreiden, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen; aber welche Mittel zu diesem Kampfe angewandt werden sollen, das können wir ruhig der Zukunft überlassen. Es wäre ein Fehler, wollten wir irgendwelche Grundsätze für Kämpfe der Zukunft festlegen; denn einmal kann man die Taktik nicht im voraus bestimmen und zweitens ist der politische Massenstreit ein Kampfsmittel, bei dessen Anwendung man sehr vorsichtig sein soll.“ In einer anderen Stelle heißt es: „Trotzdem haben wir heute keine Ursache, zu sagen, welche Mittel sollen nicht angewandt werden. In solchen Fragen entscheidet man von Fall zu Fall.“ Und an einer weiteren Stelle: „Die Arbeiter wissen, was sie für Menschenrechte haben, und keine Reaction ist mehr im Stande, diesen Gedanken aus der Bevölkerung herauszubringen. Wenn man uns auf diese Weise niedersetzen wollte, dann würden wir andere Mittel finden, um den Kampf erfolgreich gegen die Reaction zu führen. Wenn wir dafür sorgen, daß die Arbeiterorganisationen stärker und stärker, doch die Arbeiter zu lassen, bewußt kämpfen erzogen werden, dann können wir ruhigen Mutes der Zukunft entgegenleben; wir werden dann, wenn es einmal zu kämpfen gilt, am Platz sein, und die Arbeiterschaft — das wird seiner verhindern können — sie wird sie wird das Ziel erreichen, das sie sich gestellt hat.“

In diesen Ausführungen liegt nicht eine Spur von Pestisimus oder Mühtrauen auf die eigene Kraft. Sogar die Gewerkschaftsführer, von denen sich Parteigenossen erlaubt haben, als von vornherein Leute zu sprechen. Das sind Worte, die sich diejenigen, die solche Angriffe gegen die

Gewerkschaftsführer gerichtet haben, hinter die Ohren schreiben sollen. Dann sagte Bömelburg im Schlussswort: „Davon, daß der Kongress sich ein für allemal gegen den politischen Massenstreit erklärt, steht nichts in der Resolution. Es ist nur gesagt, daß wir uns nicht auf eine bestimmte Taktik festlegen wollen. Die Frage, ob man eventuell von dem politischen Massenstreit Gebrauch machen will, läßt die Resolution offen. Sie steht also nicht im Widerspruch zu der Amsterdamer Resolution.“ Diese Ausführungen gelgen klipp und klar, daß der Cölnische Kongress sich nicht gegen den politischen Massenstreit richtet. Und in Jena sagte Bömelburg: „Soweit es sich um Maßnahmen gegen die Ver schlechterung des Wahlrechts oder des Koalitionsrechtes oder Verteidigung anderer politischer Freiheiten handelt, besteht Einigkeit in der Gesamtpartei, und zur Gesamtpartei gehören auch wohl die Mitglieder der freien Gewerkschaften. Ich habe die Überzeugung, daß in den freien Gewerkschaften wenig Personen organisiert sind, die sich nicht auch zur sozialdemokratischen Partei bezeichnen. Die Gesamtpartei also ist sich darüber einig, daß in einem solchen Fall die Arbeiterklasse selbst vor den außersten Mitteln nicht zurücksteht. Nur darüber gehen die Meinungen auseinander, ob man vor vornherein die Kampfsmittel des näheren bestimmen soll.“ In der gleichen Weise habe ich in Jena in einer persönlichen Bemerkung am Schluß der Verhandlungen erklärt, daß ich nicht die Auffassung habe, daß die Jenaer Resolution irgendwie im Widerspruch zu der Resolution des Cölnischen Gewerkschaftskongresses steht. Mit dem einen Unterschied, daß die Jenaer Resolution ein Kampfsmittel festlegt, während in der Cölnischen Resolution die Frage vollständig offen gelassen wird.

Sie kann Ihnen des weiteren noch erläutern, daß bei den Vorberatungen mit der Generalkommission dem Jenaer Bebel ausdrücklich erklärt worden ist, daß wir nicht die Absicht haben, mit dieser Resolution uns gegen den politischen Massenstreit zu wenden. Der dritte Teil unserer Resolution, der von dem anarchistischen Generalstreit handelt und von dem ich sagte, daß für seine Annahme uns die Partei eigentlich daran gehabt sein sollte, ist in seinem Wortlaut nahezu der Amsterdamer Resolution entnommen. In Jena hieß es: „Der Kongress warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit abhalten zu lassen, und in Amsterdam warnte der Kongress die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreit in der Absicht, zu davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, nicht ins Schleppen nehmen zu lassen.“ Wenn die Cölnische Resolution die Frage der Anwendung des Generalstreits vollständig offen ließ, so steht sie damit auf dem Boden des internationalen Kongresses in Paris 1900. Offen gelassen ist die Frage auch in der in Jena zitierten Resolution, die dem Zürcher Kongress 1893 unterbreitet worden ist. Also gegen den Cölnischen Bebel ist absolut nichts einzuwenden. Weder in Amsterdam noch in Jena ist in den Resolutionen irgend etwas davon gesagt, daß nach ihrer Annahme in den politischen Massenstreit propagiert werden solle. Wo steht denn das? Es heißt in der Resolution Bebel: „Damit die Anwendung dieses Kampfsmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgeschlossige Verbreitung und Aufführung der Maßnahmen durch die Arbeiterschaft und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.“ Aufführung der Arbeiterschaften, aber nicht Propagierung des Massenstreits! Und so kann ich auch Bebel vollständig begreifen, wenn er uns damals in der Sitzung über 16. Februar erklärte: „Ich habe alle die zahlreichen Aufforderungen, die nach Jena an mich herangetreten sind, über den politischen Massenstreit zu reden, Ihnen zu propagieren, runderweg von der Hand gewiesen.“ Die Jenaer Beschlüsse sind aber von einem Teil der Parteigenossen, insbesondere den Parteidarstellern, so gebeutet worden, als müsse nach dem Jenaer Bebel vollständig propagiert werden.

Parteigenossen, wenn Sie den Gewerkschaftsvertretern den Wortlaut machen, daß sie nach Jena den politischen Massenstreit nicht propagiert hätten, dann müßten Sie diese Vorwürfe auch gegen Bebel erheben, der rundweg eine solche Propagierung ablehnte. Was den Beurkundern der Aufnahme eines solchen Kampfsmittels in die Resolution reicht ist, das ist denen, die diese Aufnahme nicht wollten, jedenfalls billig. Wenn derjenige, der diesen Antrag eingebracht hat, erklärt er habe keine Versammlung ab, in der über den politischen Massenstreit geredet werden soll, dann bitte, sparen Sie sich die Vorwürfe gegenüber den Vertretern der Gewerkschaften.

Es wäre töricht, heute zu sagen, wir wollen dieses Kampfsmittel aus der Resolution wieder herausnehmen. Das ist gar nicht notwendig; denn die Diskussion, wie sie sich jetzt über den politischen Massenstreit gestaltet hat, die überaus vernünftige Haltung, die der „Vorwärts“ in seinen jeweigen Artikeln eingenommen hat, beweist, daß wir in der Auffassung über die Unwendbarkeit dieses Kampfsmittels vollständig einig sind.

Man könnte ja sagen: warum habt Ihr nicht früher klargestellt, daß diese Unwendbarkeit bestellt? Das haben wir einfach aus dem Grunde nicht getan, weil wir die Diskussion über den politischen Massenstreit für nicht nutzbringend erachteten, weil sie doch nur unfeine Schwäche vor aller Welt dokumentieren muß. Nachdem aber nun von anderer Seite durch die Diskussion zur Genüge festgestellt ist, wie schwach wir sind, haben wir heute keine Veranlassung mehr, mit dieser offenen Erklärung nicht herzutreten. Und so meine ich, können wir durch die Annahme des von mir gestellten Antrittes, daß Partei und Gewerkschaftsführer auf dem ich hoffe, daß auch Genosse Bebel, der Parteidarstand und die Kontrollkommission nach meiner Begründung ihm zustimmen werden, nach außen hin dokumentieren, daß Partei und Gewerkschaften vollständig einig sind. Ich sage, nach außen hin dokumentieren, denn innerlich gibt es zwischen uns keine Differenzen. Die Differenzen, die sich zeigen, sind

heimlicher Natur. Streit um Worte, weiter ist es nichts. Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften bestehen nicht, auch in dieser speziellen Frage nicht. Wir sind uns einig darüber, daß im gegebenen Moment alle Mittel angewandt werden müssen, die zur Verfügung stehen. Kommt es wirklich zum Massenstreit, dann stehen die Gewerkschaften an erster Stelle. Es wäre ja Unsinn, wenn wir dann ersäßen wollten: Nein, wir sind gegen den politischen Massenstreit. Das, man auf uns in einem solchen Falle mit aller Bestimmtheit rechnen soll, das haben wir in den engeren Beratungen mit dem Parteidarstand und auch sonst wiederholt erklärt. Es kommt jetzt natürlich nur noch darauf an, nach außen hin diese Einigkeitheit zu dokumentieren und das soll durch Annahme meines Antrittes geschehen. Dann wird die Resolution Bebel vorzüglich einstimmig angenommen werden und der Parteidarstag wird damit dokumentieren: Handelt es sich um die heiligsten Rechte der Arbeiterklasse, dann sind wir einig, den Kampf mit allen und dann werden wir auch zum Siege gelangen.

Nach längerer, teilweise recht schärfer Debatte, worüber wir in der nächsten Nummer berichten, wurde die Resolution in folgender Fassung mit allen gegen fünf Stimmen angenommen:

Der Parteidarstag bestätigt den Jenaer Parteidarstagsbeschluß zum politischen Massenstreit und hält nach der Feststellung, daß der Beschluss des Cölnischen Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluss, allen Streit über den Sinn des Cölnischen Beschlusses für erledigt.

Der Parteidarstag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Befolge zur Nachahmung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteidarstellung, die Verordnung der Parteidarpressen und den Betrieb der Parteidarorganisation zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteidarorganisation fordern.

Sobald der Parteidarstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreits für gegeben erachtet, hat ver selbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.

II.

Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig, für die Hebung der Klasse in der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; sie sind nicht minder notwendig, wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen, in weiterer aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch die Vertretung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit abhalten zu lassen, und in Amsterdam warnte der Kongress die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreit in der Absicht, zu davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, nicht ins Schleppen nehmen zu lassen.“ Wenn die Cölnische Resolution die Frage der Anwendung des Generalstreits vollständig offen ließ, so steht sie damit auf dem Boden des internationalen Kongresses in Paris 1900. Offen gelassen ist die Frage auch in der in Jena zitierten Resolution, die dem Zürcher Kongress 1893 unterbreitet worden ist. Also gegen den Cölnischen Bebel ist absolut nichts einzuwenden. Weder in Amsterdam noch in Jena ist in den Resolutionen irgend etwas davon gesagt, daß nach ihrer Annahme in den politischen Massenstreit propagiert werden solle. Wo steht denn das? Es heißt in der Resolution Bebel: „Damit die Anwendung dieses Kampfsmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgeschlossige Verbreitung der Maßnahmen durch die Arbeiterschaft und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.“ Aufführung der Arbeiterschaften, aber nicht Propagierung des Massenstreits! Und so kann ich auch Bebel vollständig begreifen, wenn er uns damals in der Sitzung über 16. Februar erklärte: „Ich habe alle die zahlreichen Aufforderungen, die nach Jena an mich herangetreten sind, über den politischen Massenstreit zu reden, Ihnen zu propagieren, runderweg von der Hand gewiesen.“ Die Jenaer Beschlüsse sind aber von einem Teil der Parteidarstellern, insbesondere den Parteidarstellern, so gebeutet worden, als müsse nach dem Jenaer Bebel vollständig propagiert werden.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berücksichtigen, ein einheitliches Vorgehen herzustellen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber diese Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteidarstellers, in diesem Sinne zu wirken.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperren, aber die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansestädte:

Cuxhaven (Streik):

Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hörning), Preest (Sperre über Schlömer);

Mecklenburg:

Sülze (Sperre über Hollendorf), Lübeck (Sperre über Körff), Klütz (Aussperrung), Wismar (Sperre über Scharf);

Ost- und Westpreußen:

Könitz (Aussperrung), Memel, Braunsberg (Streiks);

Schlesien:

Görlitz (Streik), Breslau (Streik der Fassadenputzer);

Brandenburg:

Betzig (Streik), Trebisch (Sperre über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Alt-Carbe (mehrere Sperren), Göpnick (Sperre über Schulze und Schröder aus Hannover), Wittenberge (Masseregelung);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Bornburg, Zehlitz (Aussperrungen), Mühlberg a. d. Elbe (Sperre über Goldschmidt), Dessau (Sperre über Lüdike);

Königr. Sachsen:

Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsgebäude, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleicher- und Kaiser Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Stötteritz, Bautz Leipzigerstrasse, Müller & Damm in Leipzig-Gohlis, Ulanenstrasse, M. Steyskal und Seifert

in Meckern, Sohrstrasse, für **Habitzputzer** die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brendelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau, **Wurzen** (Sperrre über Lehmann in Pöchau), **Hirschberg**, **Reichenau** (Ausssperrungen), **Meissen** (Differenzen), **Limbach** (mehrere Sperrren), **Plauen** (Sperrre über Männel), **Penig** (Sperrre über Hellriegel);

Hannover, Oldenburg und Lippe:
Enden, Münden (Zimmererstreiks), Jork-Estebrücke (Sperrre über den Neubau Hadler in Cramz a. d. Elbe), Lüneburg (Streik), Eddingen (Sperrre über Knoop);

Braunschweig:
Braunschweig (Streik);

Thüringen:

Gera (Sperrre über Hirsch), Gotha (Streik), Sonneberg (Sperrre über Schmidt), Greizburg bei Eisenach (Streik);

Rheinprovinz:

Vohwinkel, Nünkirchen, Wiebelskirchen, Friedrichs-tal, Kira a. d. Nahr (Streiks), Opladen (mehrere Sperrren), Neviges (Sperrre über Gehrarts und Husemann), Ratingen (Sperrre über Schlösser, Bovers und Wehrmeister), Köln (Plattenleger, Differenzen);

Bayern:

Bayreuth, Burgfarnbach, Landshut, Augsburg (Streiks);

Hessen:

Borsdorf (Streik), Wiesbaden (Sperrre über Denz), Hoppenheim (Sperrre über Held);

Baden-Pfalz, Elsaß-Lothringen:

Colmar, Hassloch (Streiks), Metz (Sperrre), Schwetzingen (Sperrre über S. Umhey und J. Fackel & Co.), Rheingönheim (Sperrre über Soherf), Singen (Sperrre über Schmal und Schweitzer);

Oesterreich-Ungarn:

Budapest (Ausssperrung), Wärnsdorf i. Böh. (Streik).

Schweiz:

Zürich, Neuchâtel (Streiks).

Gau Hamburg. In Cuxhaven hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe a. d. Unterelbe, Amt Nügebüttel und Umgegend — der fürstlich das Licht der Welt erblickte, wobei Herr Kästner aus Lehe Gouvernementsleiste — einen Arbeitsnachweis errichtet. Für diese neue Gründung hat der Arbeitsnachweis in Bremerhaven-Gefechtsnude als Muster gedient. Dieses welterschütternde Ereignis wurde am 24. September durch die beiden in Cuxhaven erscheinenden Tagesblätter der Deutschen-Festlichkeit durch eine lange nachstehende Inhaltssumme unterteilt:

Sämtliche im Baugewerbe Arbeit suchenden Gesellen und Arbeiter müssen sich von heute ab, um Arbeit zu erhalten, im Geschäftsbureau, Schillerstraße Nr. 46, melden und wird ihnen dadurch Arbeit nachgewiesen.

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe a. d. Unterelbe,

Amt Nügebüttel und Umgegend.

Nach Ansicht der Unternehmer wird dieses neue Institut nun unbedingt benötigt, daß die streitenden Maurer in Scharen herbestellt werden, um die Arbeit aufzunehmen. Ohne Arbeitsnachweis wollte es den Unternehmern bisher nicht gelingen, Arbeitskräfte zu erhalten. Selbst die "teuren" Italiener sind so schnell wie möglich verduftet. Hoffentlich werden die Werkstättenen nach wie vor Cuxhaven als Arbeitsort meiden, damit die Unternehmer, ganz gleich mit oder ohne Arbeitsnachweis, vor dem Rest sorgen bleiben.

In Lüneburg hat die Lage des Streiks noch keine Gedenktag erfahren. Am 25. September hat unter dem Vorst des Oberbürgermeisters eine Befreiung zwischen den Parteien stattgefunden, wozu auch Mitglieder des Gouvernements erschienen waren. Unsere Herren Unternehmer waren jedoch "faulau" genug, die Hamburger Kollegen von der Verhandlung — selbst als Zuhörer — anzuschließen. Was hätte sonst nicht alles passieren können! — Die Verhandlung war übrigens ganz belanglos. Der Oberbürgermeister meinte, wir sollten unsere Forderung cabin ändern, daß wir vom 1. April 1907 ab 2 1/2 und vom 1. Oktober ab die anderen 3 1/2 beläufen, und die Arbeitszeitverkürzung sollten wir ganz fallen lassen. Einer der anwesenden Meister glaubte die Verkürzung der Arbeitszeit damit befürworten zu können, daß er erwähnte, er hätte von Morgens 6 bis Abends 8 Uhr arbeiten müssen, also könnten wir doch wohl zehn Stunden arbeiten. Wir haben diesem Herrn unsere Meinung ordentlich gelagert. Von einem anderen Meister wurde der Vorwurf gemacht, daß wir vom 1. April 1907 ab ge-zahlt werden. Am 1. Oktober soll wiederum verhandelt werden.

Gau Hannover. Um die Opposition in den eigenen Reihen zufrieden zu stellen, macht jetzt der Vorstand des Arbeitgeberverbandes in Braunschweig die verzweifeltesten Anstrengungen, Streikbrecher zu importieren. Da man mit den Oesterreichern schlechte Erfahrungen gemacht hat, so holt man jetzt "gut eingerichtete" Italiener, die längere Zeit in Königsberg, Danzig, Rostock u. w. den Kapitalismus getreten und das Ganze als Streikbrecher gut bestanden haben. Doch machen die bis jetzt von Königsberg angemeldeten 28 Mann, unter denen 14 Maurer sein sollen, den Eindruck, als ob man sie aus allen Streikgräben zusammengefischt hätte. Wir glauben nicht, daß sich die Unternehmer drängen werden, es mit den jetzt importierten Bruchsaboten aufs Neue zu probieren.

Vor einigen Wochen meldeten wir aus Hildburghausen, daß die Unternehmer Maßregelungen der leitenden Kollegen vornehmen, um unsere junge Organisation zu zerstören. Des weiteren hatte man allen Kollegen, die sich verpflichteten, nicht in den Verband einzutreten, oder denen, die wieder ausstießen würden, den Lohn um einen Pfennig erhöht. Unsere Kollegen bewiesen aber, daß sie in großer Zahl flüchtigten, daß sie nicht gewillt sind, sich noch länger von den Unternehmern auf der Matte herumspinseln zu lassen. Die Meister sehen jetzt ein, daß ihre Mühe, den Zweigverein zu vernichten, vergeblich war.

Sie bissen jetzt in den sauren Apfel und zahlten vom 15. September an die geforderten 40 φ . Das macht eine Erhöhung von 3 φ pro Stunde. Wir rufen den Harzburger Kollegen zu: Geld auch ferner für die Fortbildung der Organisation bereit, dann werden die Früchte nicht ausbleiben.

Der Arbeitgeberverband für Schöningen machte nach einer "schweren" Sitzung den Ausgesperrten die Mitteilung, daß die Ausssperrung, die ja eigentlich bis 15. Oktober d. J. gefordert sei, schon jetzt aufgehoben wäre, die Streitenden könnten in den alten Bedingungen jederzeit wieder bei ihrem alten Meister in Arbeit treten. Dazu lag natürlich für uns gar keine Veranlassung vor, denn von denjenigen Unternehmern, die Arbeit haben, ist die Fortbildung der Kollegen, 40 φ Stundenlohn, anerkannt. Alle Streitenden stehen zu neuen Bedingungen in Arbeit. Die Ausssperrung dauerte 15 Wochen.

Gau Frankfurt a. M. Der Streik bei der Bauhüttenfirma Hof ist nach zweiwöchiger Dauer erfolglos beendet worden. Herr Hof glaubte, er brauche am 8. September mit uns und seinem Geschäftsführer abgeschlossenen Vertrag nicht anuerkennen, wodurch zum zweiten Male ein Streik notwendig wurde. Sein ganzes Vorgehen ließ darauf schließen, daß er von der Organisation der Maurer nicht wenig Kenntnis hatte, er glaubte wohl kaum, daß wir in der Lage seien, ihn bei seinem ausgedachten Betrieb in allen Ecken Deutschlands erfolgreich bekämpfen zu können. Die so plötzlich an alten Arbeitsplätzen erfolgte Arbeitsaufstellung sollte ihn bald etwas anderes lehren. Nachdem dann die durch den Mitteldeutschen Arbeitgeberverband angebrachten Verhandlungen gescheitert waren, beschloß Hof, Streikbrecher anzuwerben. Über damit mußte er bittere Erfahrungen machen. Denn die tatkräftige Unterstützung und das Eingreifen der Zweigvereins- und Gauleitung und das Geleit seiner mit so großen Kosten verhüllten Anstrengungen war höchstlich gleich Null; denn die wenigen Streikbrecher, die er erhielt, waren nicht in stande, die an sie gestellten Anforderungen erfüllen zu können. Nun sah Hof ein, daß es doch besser sei, Frieden zu schließen und sich den vertraglichen Bestimmungen zu unterwerfen. In der Hauptstadt wurde nun vereinbart: an Stundenlohn für neu eingestellte Maurer 58 φ , nach vierjähriger Fortbildung 60 φ , nach einer Dauer von 64 bis 66 φ ; für selbständige, länger im Betriebe tätige Gesellen 70—72 φ , Motorfahrer erhalten 50—55 φ ; für auswärtige Arbeiten bis zu 5 km von Frankfurt eine Zulage pro Tag von 50 φ , über 5 km täglich 1 φ , vom Juni 1907 ab 1,25, sowie Hin- und Rückfahrt 4 km. Für Aufarbeiten wird 25 φ für Nacht- und Sonntagsarbeiten 50 φ ; Zulage gewährt. Gegenüber den vorher herrschenden korrupten Zuständen ist dies ein recht schöner Erfolg.

Gau Hamburg. Die vorgesetzte Jahreszeit nötigte uns zur Beendigung der leichten diesjährigen Lohnbewegung im Gau. Der Stuttgarter Gipferstreik wurde nach einer Dauer von 14 Wochen am 26. September durch Annahme folgender Resolution mit 181 gegen 43 Stimmen abgeschlossen: 1. In der Erwagung, 1. daß alle streitenden Meister bei den 25 Firmen, die mit der Organisation der Arbeiter einen Arbeitsvertrag abgeschlossen haben, zu neuen Bedingungen in Arbeit seien; 2. daß fast sämtliche Gipfermeister bereit erfreuen, den verlangten Lohn zu zahlen; 3. daß die kommenden Wintermonate nicht gesetzt sind, die Unterstrebenden Firma zu erlangen, beschließt die Versammlung, den Gipferstreik bis auf weiteres zu verlängern. Es darf daher von morgen an bei sämtlichen hiesigen Gipfermeistern gearbeitet werden, jedoch nicht unter dem Vertraglohn von 60 resp. 70 φ pro Stunde. Die Verkommelten beschließen, einzuhalten, an ihrer Organisation festzuhalten und zu geplanter Zeit die Aneignung des Arbeitsförderungsaus und zu den heute noch die Unterstrebenden Firma voll und ganz durchzuführen. Mit der Überwachung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie mit der Vorarbeit für die volle Durchführung des Vertrages wird die Verbandsleitung beauftragt.

Wenn die Gipfer diese Verhältnisse voll und ganz zur Durchführung bringen, wird die Anerkennung des Vertrages spätestens im Frühjahr aus von den rupigen Gipfermeistern mit Leichtigkeit zu erlangen sein. Zugunsten auswärtiger ist nach wie vor festzuhalten.

Gau München. In Augsburg dauert der Streik unverändert fort. Die Unternehmer setzen ihre Hoffnung auf die Rekrutisten, doch nur wenn derselben nahmen die Arbeit auf, wodurch zwei aufhören. Eine Firma, Mitglied der Innung, bewilligte den Tarif. Beim Unternehmer Wiesling wurde durch einhälftige Sperrre die von ihm anerkannten Bedingungen Nachdruck verleihen werden, weil er die einheitliche Mittagspause nicht einhalten ließ. Wie fest haben 21 Unternehmer bewilligt, 39 stehen noch aus. Zehn Zimmetter berichten: Streikarbeit (Geschäftsleute zum Bemühen der Kellner). Sechs Mäziger aus Münden sind mit ihrer Streikarbeit fertig geworden; diese Streikbrecher, die sich frech drännten, sie seien organisiert, ließen sich nicht bewegen, früher aufzuhören, als bis sie ihren Amtsort fertig hatten. Sie beklagen die Freiheit, von der Organisation die Bezahlung von 1,270 Altordensüberflut zu verlangen, dann wollten sie die Arbeit einstellen. Diese dreimal verhüllte Altordensanstreit wurde von München hierher verpflanzt, vor drei Jahren, gab es hier noch keinen Altord. Diese sechs sehr beachtenswerte Kollegen heissen: Alois Bogenreider, Simon Bogenreider, Anton Leibl, Anton Wagner, Georg Braun, und Bonifaz Schottenthaler. — 24 Weißpulzer berichten noch immer Streikarbeit. Bis jetzt haben sie für 24 Bauten den Innungspunkt übernommen. Ihre Organisation ist gleich Null. Der erste Vorstehende ist Unternehmer, der zweite Vorstehende, der erste Kassierer und der erste Schriftführer sind Streikbrecher aus Prinzip. Den Weißpulzern zahlen die Unternehmer 58 φ pro Stunde, wo wir nur 44 φ Minimallohn fordern. Es streiten noch 297 Kollegen. Eine genaue Statistik ergab: Bauten im Erdgeschoss 3, im Kellergeschoss 12; im Parterre 5, erste Etage 2, zweite Etage 6, dritte Etage 1, meistereig 6, im Dachgeschoss (Drempel) 9. Im Bas (meistereig Weißpulzer) sind 17 Bauten, im Ausbau (meistereig fertig) 12. Von 9 gänzlich stillliegenden Bauten sind 8 bis zum Kellergeschoss gediehen.

Gau Görlitz. In einer Versammlung des Zweigvereins Görlitz erstattete Kollege Taubadel Bericht über den Stand des dortigen Streiks. Die Görlitzer Maurer befinden sich nun seit acht Wochen im Kampf um tarifliche Festlegung der Lohnverhältnisse und um Anerkennung der Organisation. Innerhalb dieser Zeit sind trotz streikhafter Bemühungen der Unternehmer nur ganze zehn Mann Streikbrecher geworden. Sechs Oberfächler wurden von Polizei verhaftet, der sich stets bemüht, der Organisation Hindernisse in den Weg zu legen, herangeholt und sorgfältig vor den Streitenden behütet. Diese und nicht fortzuführen. Alle anderen von den Unternehmern herangelöste "Arbeitswilligen" wurden immer wieder abgeschoben. Einige christlich Organisierte sind auch wieder Streikbrecher geworden. 67 Mann blieben bei Beginn des Streiks gleich in Arbeit, so daß die Zahl der Streikbrecher gegenwärtig 97 beträgt. Obgleich dies schon eine beispiellose Anzahl ist, sind diese Leute doch nicht im Stande, die Unternehmer herauszureißen. 286 Kollegen haben die Arbeit niedergelegt, wovon circa zwei Drittel abgereist sind; circa 60 bis 70 arbeiten bei neuen Unternehmern, die den neuen Bedingungen. Wenn man sich die Bauten ansieht und gewahrt wird, was seit Beginn des Streiks bis heute an Arbeit geleistet worden ist, so muß man sich wundern über die Geduld der Unternehmer. Wenn die Görlitzer Maurer in anderer Zeit nicht mehr Arbeit leisten würden als die Streikbrecher, so hätten die Unternehmer sie schon zehnmal zum Teufel gejagt. Aber es ist ja jetzt Streik, da sind die Unternehmer ganz anders, viel humaner als sonst, freilich nur gegen die "Arbeitswilligen". Diese werden jetzt recht fürsorglich behandelt; man führt sie Sonntags spazieren und lädt ihnen sonst mancherlei Aufmerksamkeiten. Die Bauten haben sich bis jetzt wenig verändert; bei den Gärtenanlagen in der Altenbrauerei arbeiten nur ein paar Lehrlinge, kein einziger Geselle; ein Polier darf jetzt nicht bei seiner "Arbeitswilligkeit" verunglimpft, so daß er schon fünf Wochen arbeitsunfähig ist. Von den drei Neubauten des Beamtvereins sind zwei zugegeben; auf dem dritten arbeiten auch nur Lehrlinge. An der Musikhalle, bei der noch eine einzige Streikbrecher sind, schreiten die Arbeiten auch sehr langsam vorwärts. So sieht es überall auf den von Streikbrechern besetzten Bauten aus. Es ist aber auch eine Sorte von Menschen! Ein Meister hat einen Maurer verhängt, der schon seit 20 Jahren keine Kelle mehr in der Hand gehabt hat. Andere können nur bei Streiks Arbeit erhalten, sonst mag sie kein Meister. Ja, selbst Arbeiter werden als Maurer beschäftigt, so bei dem Polier Diesner in Lüders Fabrik. Die Frau des Diesner, welche als redselig bekannt ist, verucht die Frauen der Streikenden gegen ihre Männer aufzuhetzen, um sie so zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Leider ist es ihr gelungen, zwei Mann sowohl zu bringen, daß sie Streikbrecher wurden. Das sind keine Männer mehr. —

Die drei Gruppen: Centralverband, Verband der Bauhüttenarbeiter und christlicher Verband haben nach eingehender Beratung nochmals den Unternehmern in füller, fachlicher Form die Hand zum Frieden geboten und um Verhandlungen erucht. Antwort traf ein, aber sie war nicht, wie sonst, an den Centralverband, sondern an die Christlichen gerichtet; sobald geht die Wut der Unternehmer. Die Antwort lautete:

Trotzdem, wie Ihnen durch Lohnverhältnisse im vorigen Jahre und am 1. Juli d. J. sowie durch Einführung der einstündigen Mittagspause das weitreichende Entgegenkommen bewiesen haben und trotzdem Sie bei Auflistung Ihrer neuen Forderung ganz genau wußten, daß wir dieselben inmitten der Bauaufsicht bei abgeschlossenen Verträgen und den allgemeinen gebräuchlichen Verhältnissen zur Zeit nicht bewilligen könnten, stellen Sie es in Ihrem Schreiben vom 21. d. J. so hin, als ob der Streik durch mangelndes Entgegenkommen unsererseits entstanden wäre. Eine solche Darstellung weisen wir als unrichtig und unehlich zurück. So wenig wir den Streik gewünscht haben, so wenig liegt uns an seiner Fortführung und es liegt an Ihnen, denjenigen zu bestimmen, indem Sie die Arbeit zu den am 1. Juli festgesetzten Bedingungen wieder aufzunehmen.

A. Rothenburger.

Diese Antwort wirkte geradezu erheiternd auf die Streitenden, denn diejenigen der jetzt noch guten Situation sprachen sich sämtliche Diskussionsredner für Fortführung des Streiks aus. Die Situation ist für die Unternehmer jetzt brennlich. Maurermeister Gruner reuete den Kollegen bald die Wut ein und suchte auch die Freunde der Streitenden zu beeinflussen, damit sie ihre Männer begegnen, wodurch die Streikbrecher in abgeschlossenen Verträgen und den allgemeinen gebräuchlichen Verhältnissen zur Zeit nicht bewilligen könnten, stellen Sie es in Ihrem Schreiben vom 21. d. J. so hin, als ob der Streik durch mangelndes Entgegenkommen unsererseits entstanden wäre. Eine solche Darstellung weisen wir als unrichtig und unehlich zurück. So wenig wir den Streik gewünscht haben, so wenig liegt uns an seiner Fortführung und es liegt an Ihnen, denjenigen zu bestimmen, indem Sie die Arbeit zu den am 1. Juli festgesetzten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Einnahme in der Haupthälfte.

Kassenbestand vom 31. März 1906.	M. 5571,24
Von Einzelmitgliedern bei der Haupthälfte.	125,96
Büchergesellschaften der Stadt von Bönenburg	360,-
Für das Buch „Arbeit und Kultur“	6128,-
Mitgliedsbücher-Guthaltere	2217,-
Protokolle vom 8. Verbandsstag in Braunschweig	444,60
Kalender von 1906	477,80
Bauarbeiterbericht	126,50
Grundstein-Eindrucke u. m.	147,60
das Buch „Monarch oder Republik“	28,60
die Geschichte der deutschen Maurerbewegung	24,-
zu der Haupthälfte eingehandelt	577176,55
Von hingestander Streifunterstützung zurückgehandelt	3251,94
durchgezogene Kapitalien	18000,-
Spesen bezogene Kapitalien	13270,-
Summa M. 789344,58	

Ausgabe in der Haupthälfte.

Für das Buchorgan „Der Grundstein“	M. 50518,60
die Zeitung „L'Operario Italiano“	1050,77
„Oswiata“	482,85
„Stavsmilk“	843,70
Agitation: a) an die Gauvorstände	25542,-
b) für sonstige Agitation	4350,47
c) nach der Schweiz	1692,40
Delegation zu mehreren Konferenzen	198,30
Buchst. an Zweigvereine:	
a) Reichsamt, Gemeinschaften, Franken	1749,97
und Steuerberatung	
b) Strafs und Bußgeldern	496548,89
verschiedene Reisen zwecks Streifkontrolle	13818,67
Quartalsbeitrag an die Generalversammlung	
der Gewerkschaften Deutschlands pro	
1. Quartal 1906	2713,86
Beitrag an die Bauarbeiterkommission	1288,50
Gauberichte und Protokolle	640,-
Anleitungen zum Gebrauch des Vereins- und	
Beratungsbuches	88,-
Mitgliedsbücher-Guthaltere	900,-
Erweiterung der Verbandsbibliothek	42,80
soziale Verwaltung:	
a) Mitgliedsbücher	2855,-
b) 50.000 Stammtische	728,-
c) Stoffmaterial	945,-
d) Streifenterschließungsbüro	101,-
e) Aufnahmetheorie (italienische)	180,-
f) 10.000 Postanweisungen	100,-
g) sonstige Druckarbeiten	239,50
h) sonstige Buchbindarbeiten	40,80
i) 1.500.000 Zeitungsmärkte	908,80
k) Schreibmaterial	116,05
l) Stempel und Zubehör	250,50
m) Karteirentierung und Verlustrichtung	468,68
n) Zeitungsbüromaterial und Bringerlöse	22,77
o) Porto:	
642 Pakete	M. 319,30
4392 Streifabhandlungen	359,63
Briefporto und Geld-	
sendungen	963,05
Briefgeld	185,10
Summa	1777,08
persönliche Verwaltung:	
a) Beamtentgehälter	5855,-
b) Ausflüsse im Bureau	1134,30
c) Versicherung des Vorstandes	109,62
d) Vorstandsbürgungen außerhalb des	
Bureaus	2,25
e) Reisekosten	67,46
f) Verwaltung des Ausstausches	160,-
Per Bank belegt	167128,05
Summa	784884,17

Bilanz.

Einnahme	M. 789344,58
Ausgabe	784884,17
Kassenbestand	M. 4960,41

Hamburg, den 30. September 1906.

J. Kötter, Kassierer.

Vorstehender Rechnungsauszug ist von uns redigiert, mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befinden. Das Kassenvermögen ist uns nachstehendes resp. vorgelegt worden.

Wihl. & Co. G., Hamburg. Wihl. Albrecht, Hamburg.

H. Marks, Altona.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Erfurt.

Da nicht alle Zweigvereine in unserem Gau bei der großen Tagessitzung berücksichtigt werden konnten, hat der Gauvorstand für diese Vereine Versammlungen bestimmt. Die Tagessitzung ist dieselbe und die Bekanntgabe der Versammlungen soll genau so auszuführen werden, wie es der Gauvorstand in Nr. 87 bekannt gegeben hat. Der Gauvorstand erwartet, daß die Vorstände ihre volle Pflicht tun, damit die Versammlungen vollständig befreit werden.

Referent:

Louis Nennert, Eisenach, Lauchergasse 24.	
Blankenburg i. Thür.	Montag, 19. Oktober, Abends 6 Uhr
Kelbra	Freitag, 12. Oktober, Abends 8 Uhr
Heringen	Sonnabend, 13. Oktober, Abends 8 Uhr
Hauke	Sonntag, 14. Oktober, Nachm. 24 Uhr
Leienstein	Montag, 16. Oktober, Abends 7 Uhr
Tambach	Sonnabend, 20. Oktober, Abends 8 Uhr
Böllerhausen	Sonntag, 21. Oktober, Nachm. 8 Uhr
Gesam	in Böllerhausen.

Referent:

J. Gatzmann, Erfurt, Glödengasse 33.	
Bürgel	Sonnabend, 18. Oktober, Abends 8 Uhr
Hamburg	Sonntag, 14. Oktober, Nachm. 8 Uhr
Leutenberg	Sonnabend, 20. Oktober, Abends 8 Uhr
Probsteizella	Sonntag, 21. Oktober, Nachm. 8 Uhr
Gesam	Sonntag, 28. Oktober, Nachm. 8 Uhr

Nr. 40. Der Grundstein. 1906.

Referent:

Albert Lenze, Gotha, Langensalzastr. 39.	
Schleizheim	Sonnabend, 13. Oktober, Abends 6 Uhr
Niedergebra	Sonntag, 14. Oktober, Nachm. 11 Uhr
Niehingen	Sonntag, 14. Oktober, Nachm. 11 Uhr
Grafenhausen	Sonnabend, 20. Oktober, Abends 8 Uhr
Sachsen	Sonntag, 21. Oktober, Nachm. 11 Uhr
Wolfsried	Sonntag, 28. Oktober, Nachm. 12 Uhr
Württemberg	in Württemberg.

Referent:

Albin Meyer, Erfurt, Lindenweg 10.	
Neustadt (Orla)	Sonnabend, 13. Oktober, Abends 6 Uhr
Wölfersheim	Sonntag, 14. Oktober, Nachm. 11 Uhr
Triptis	Sonntag, 14. Oktober, Nachm. 4 Uhr
Blankenhain	Sonnabend, 20. Oktober, Abends 8 Uhr
Woda (Sach.-Altenb.)	Sonntag, 21. Oktober, Nachm. 8 Uhr

Referent:

Joh. Schenck, Erfurt, Vorplatz 7.	
Steinach	Sonnabend, 13. Oktober, Abends 8 Uhr
Königsee	Sonntag, 28. Oktober, Nachm. 8 Uhr
Den örtlichen Verhältnissen ist soweit wie möglich Rechnung getragen worden; wir erlauben die Vorstände, zu den angegebenen Tagen die Versammlungen zu arrangieren.	

Der Gauvorstand. J. A. Joh. Schenck.

Gau Düsseldorf.

In nachstehenden Orten werden an den dabei vermerkten Tagen Agitationsversammlungen stattfinden.

Referent:

Joh. Merkel, Nürnberg, Wibbalmstr. 3.	
Gevelsberg	Sonntag, 7. Oktober, Nachm. 3 Uhr
Haus	Sonntag, 7. Oktober, Nachm. 3 Uhr
Herde	Montag, 8. Oktober
Wetter	Montag, 9. Oktober
Witten	Mittwoch, 10. Oktober
Kran	Donnerstag, 11. Oktober
Geihe	Freitag, 12. Oktober
Kamen	Sonnabend, 13. Oktober
Hörst	Sonntag, 14. Oktober, Nachm. 11 Uhr
Altenhessen	Sonntag, 14. Oktober, Nachm. 4 Uhr
Holzminden	Montag, 15. Oktober
Wiedenbrück	Montag, 15. Oktober
Wipperfürth	Mittwoch, 17. Oktober
Schwerin	Donnerstag, 18. Oktober

Referent:

Carl Hunold, Eisenkirchen, Schäferstr. 3.	
Dortmold-Huldenh.	Freitag, 19. Oktober
Gießen	Sonnabend, 20. Oktober
Wengede	Sonntag, 21. Oktober, Nachm. 4 Uhr.
Die Tagessitzung in allen Versammlungen ist dieselbe wie die in den vom Gauvorstand ausgeschriebenen Versammlungen. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.	

Der Gauvorstand. J. A. Joh. Schenck.

Gau Berlin.

In der Bekanntmachung über die Agitationsversammlungen ist Schwedt a. d. O. verfehlten worden und bei Wilsnac ist die Tagessitz etwas gar zu früh angelegt. Wir stellen dies hiermit richtig:

Schwedt a. d. O., 7. Oktober, Nachm. 3 Uhr.

Wilsnac, 14. Oktober, Nachm. 4 Uhr.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsergebnisse und sonstige Vorlesungen sendet man sofort an die Redaktion des Fachmagazins. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagabend bis die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholzt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Bergedorf. In der Mitgliederversammlung am 15. September wurde zunächst die Abrechnung bekannt gegeben. Sie ergab eine Einnahme von M. 527,88 und eine Ausgabe von M. 431,67. Sodann wurde beschlossen, unter Stiftungsfest am 11. November im Bergedorftheater eine Sitzung der in Frage kommenden Kollegen stattzufinden, um eine Aufstellung seines Gehalts. Sodann wurden statt der Beitragsabrechnung 3 p. z. der eingetragenen Beiträge bewilligt. Zum Schlus machte der Vorstande noch auf die am 12. Oktober stattfindende Generalversammlung aufmerksam und bat um recht rege Beteiligung daran.

Dortmund. Schon seit langer Zeit wurde die Gründung einer Section der Beamtenarbeiter geplant; die Ausführung dieses Plans war schlecht möglich, da die meisten Kollegen immer von einem Orte zum anderen wandern müssen und in Dortmund selbst bisher wenig Beamtenarbeiter ausgebildet wurden. Nachdem eine Sitzung der in Frage kommenden Kollegen stattgefunden hatte, zu der sich auch einige Oberarbeiter eingefunden hatten, um ihre Beschäftigungspläne zu zeigen, rägte am Sonntag, den 16. September, die erste Mitgliederversammlung, die von mehr als 35 Kollegen besucht war. Nachdem die Ziele und Bestrebungen der Section klargelegt und alle Kollegen aufgefordert worden waren, möglichst für den Ausbau der Section zu agieren, damit im Laufe dieses Jahres alle Beamtenarbeiter organisiert seien, wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Als Vorsteher der Section wurde der Zweigvereinsvorsteher der Kollegie Stein gewählt, als Kassierer H. Nennert. Nachdem noch die Beitragsfrage erledigt war und die Kollegen beschlossen hatten, 10 p. z. Beitragszuschlag zu erheben, kam es mit eiligen antworten

Steinmeier zu einer Auseinandersetzung. Die Steinmeier behaupten, die Beamtenarbeiter gehörten nicht in den Maurerberaub, ihnen seien. (Die Maurer sind ihnen aber doch etwas näher verwohnt als die Steinmeier. Red. des „Gd.“) Die Steinmeier hätten aber eher daran denken müssen, die Beamtenarbeiter zu organisieren und nicht dann, wenn die Maurer die Arbeit gemacht haben, verlangen, daß die Beamtenarbeiter zu ihrem Verbande übertrite. Es ist hieraus wieder einmal zu ersehen, wie notwendig es ist, danach hinzustreben, die Organisation im ganzen Baugewerbe zu verschmelzen. (Wirklich? Red. d. „Gd.“) Die Beamtenarbeiter sind nun endlich zu der Gründung gekommen, daß sie nur durch die Organisation in der Lage sind, Verbesserungen in ihrem Beruf herzeführen. Darum agiert alle für die Section. Allezurenden Beamtenarbeiter mögen sich sofort anmelden, damit sie Auflösung darüber erhalten, wie sich zu verhalten haben. Der Vorsteher der Section, H. Wenne, wohnt Langestraße 149. Das Büro zu dem Zweigverein befindet sich Besslingstr. 32. Die Versammlungen tagen bei Rosting, Körner-Gasse, den 7. Oktober, Vormittags 11 Uhr, von da an alle 14 Tage.

Gießen-Hausen. Obwohl seit Jahren hier am Orte einige Kollegen im Fabrikarbeiterverband organisiert waren, vor es doch ihr Wunsch, einger mit ihren Berufskollegen im Deutschen Reich in Verbindung zu treten. Dies gab denn auch die Veranlassung, daß hier am 28. September eine öffentliche Maurerberatung stattfand. Nach einem eingehenden Referat des Kollegen Wartberg aus Hannover über: „Was und Nutzen der Organisation“, das einen guten Eindruck auf die hiesigen Kollegen machte, wurde einstimmig beschlossen, eine Zweigstelle des Verbandes hier am Orte zu errichten. Der Vorsteher der Zweigstelle wurde Kollege August Jasper gewählt. Nach beendetem Wahl forderten einige Kollegen der Gießerei über: „Arbeitslosen Entlastung auf dem Lande“ und damit die Maurer mehr zu finden und sie nicht mehr in Gießen zu leben. Die Kollegen aus der Gießerei erwiderten: „Wir sind der Meinung, daß die Maurer nicht mehr in Gießen zu leben brauchen, auch es Aufgabe eines jeden Mitgliedess ist, sich auch der politischen Organisation anzuschließen. Die Ortsverwaltung der Gießerei beantragt, daß es Pflicht aller Gewerkschaftsgenossen ist, darauf zu dringen, daß alle Frauen und Mädchen, welche in einer Branche der Schmiederei beschäftigt sind, sich dem Verbande des Schmiedes und Schmiedinnen anschließen. Kollege Dege teilt mit, daß bei der Hannoveraner Betonhängeschiene, welche die Arbeit an der Elbbrücke ausführt, bei denen Maurer beschäftigt sind, die Arbeit zu werden, da für den angebotenen Preis kein Kollege seinen Tagelohn verdienen kann.“

Sonntag, 22. September, fand im Burgschlösschen in Ammendorf eine öffentliche Maurerberatung statt. Kollege Dege-Halle referierte über den frischen Eindruck der Organisation auf die Lebenshaltung der Arbeiter. Wegen des schwachen Vertrags wurde das Thema abgefeiert und dafür die Frage: „Was hat uns der Streik gelehrt?“ behandelt. Der Referent ging auf die Ursachen des Streiks und dessen Wirkungen eingehend ein und wies laut Statistik nach, daß der Lohn von 46 p. z. Stunde mit wenigen Ausnahmen gezahlt wird. Unter den Ausnahmen sind wegen Beleidigung und Ueberarbeitung angeklagt worden. Der Beleidigte war, wie immer, der Maurermeister Reichardt. Von den Anklagen waren ein Freispruch und in vier Fällen Geldstrafen von 6 bis 15 M. erfolgt. Der Streik dauerte vom 19. April bis 9. Juli d. J. und hatte trotz aller Streikniederungen nicht aufgehört. Da es in Ammendorf und Umgebung der erste Streik war, so haben die Kollegen die Schrift des Kampfes kennen gelernt und hoffentlich werden die Unternehmer Mündig und Friedlich eingesehen haben, daß es besser ist, wenn man auf friedlichem Wege die Lohns und Arbeitsbedingungen regelt. Wir wollen hoffen, daß sie die nächste Lohnbewegung in dem Sinne regeln, denn die Organisation ist zu jeder Zeit dazu bereit.

Die Streikabrechnung ergab eine Einnahme von M. 3302,50 und eine Ausgabe von M. 3302,50. Über die bevorstehenden Differenzen in der Elektrochemischen Fabrik berichtet der Kollege Dege, daß sich die Kollegen zur Zufriedenheit der Kollegen bereit gemacht haben. Ein jeder Maurer, der nun in der Fabrik arbeitet, erhält 40 p. z. Stundenlohn. Nach Verlauf von sechs Wochen wird der Lohn auf 42 p. z. erhöht. Dem stimmt die Beratung zu. Einige Kollegen haben über schlechte Baubuden und Aborte wurden einer schärfen Kritik unterzogen. Weiter wird die Kollegen empfohlen, die Wrothaler über die drei Sozialgesetze (Preis 10 p. z.) sowie die Wrothaler über die Verkürzung der Arbeitszeit (Preis 5 p. z.) sich anzuschaffen. Nachdem noch einige Anfragen über die Beitragsabrechnungen der Kollegen von Kochau, welche in Ammendorf arbeiten, beantwortet wurden, schloß der Vorsteher die Versammlung.

Anmerkung des Schrifts: Trotz Einladungen an die Kollegen von Böhau war auch nicht einer erschienen, wo dort die Ausführung so not tut. Nicht mal ein Vertreter des Verbands war erschienen, jedenfalls werden wir ein schäres Wort an anderer Stelle reden, und zwar deshalb, weil sich die Böhauer Kollegen wohlgern ihren Verbandsbeitrag in Annandort zu zahlen. Der § 24a. des Statuts gilt auch für diese Kollegen.

Verbot oder Reform der Auffordarbeite?

VIII.

Gau Berlin.

Die Besprechung dieser Frage erheischt für das Lohngebiet Berlin ganz besonders große Aufmerksamkeit. Wir müssen die Verhältnisse jeder einzelnen Spezialbranche beobachten. Bei den anderen Orten des Gaus können wir uns dann fürsorglich machen.

Das Alter der Auffordarbeite lässt sich schwer feststellen. Wahrscheinlich hielt sie in den einzelnen Gewerken ihren Einzug, als an Stelle der Naturalienabförderung die reine Geldbörse eingeführt wurde. In unserem Gewerke dürfte diese Lohnform, oder die ihr verwandte, der Maurer bei dem Unternehmer in Kost und Logis war, gar nicht oder nur in geringem Umfange bestanden haben; denn die Art, wie unser Gewerbe ausgeübt wird — mit wechselndem Arbeitsplatz, gleichsam im Umherziehen — bereitet diesem System große Schwierigkeiten. Darauf deuten auch einige Bestimmungen der landesgesetzlichen Bauordnungen hin, so die für Breslau aus dem Jahre 1805 und die Landesordnung des Herzogs von Braunschweig-Lüneburg aus dem Jahre 1846. Marx sagt darüber im 19. Kapitel Band I seines "Capitals": „Obgleich steineswegs neu — er (der Stützlohn) figuriert neben dem Zeitlohn offiziell u. a. in den französischen und englischen Arbeitersätzen des zweihundertjährigen — gewinnt er doch erst größeren Spielraum während der eigentlichen Manufakturperiode. In der Sturm- und Drangperiode der großen Industrie, namentlich von 1792 bis 1815, dient er als Hebel zur Verlängerung der Arbeitszeit und Heraushebung des Arbeitslohnes.“

Auf dem Kongress der Maurer und Steinbauer, der 1878 in Berlin lagte, berichtete der Delegierte für Hammburg, H. Schöning:

1842 wurde fast überall die Auffordarbeite eingeführt, und von der Zeit an ist der Lohn immer schlechter geworden. Man zahlte damals in Hamburg für 1000 Steine 3 Thlr. 6 Gr., heute nur noch 2 Thlr. 6 Gr., trotzdem hinlänglich bekannt ist, dass heute das Geld einen geringeren Wert hat, da man weniger für eine gleiche Summe wie früher kaufen kann.“

In Berlin hat die Auffordarbeite sicher lange vor der Gründung des Allgemeinen deutschen Maurerbundes (1869) bestanden. Darauf weist schon der Umstand hin, dass wenige Jahre nach dieser Gründung die Auffordarbeite gießfar und energisch bekämpft wurde, was nur daraus erklärt wird, dass die Führer seit langer Zeit die Wirkungen dieses Lohnsystems beobachtet und studiert hatten. Wir lassen hier eine Resolution aus dem Jahre 1878 folgen. Sie lautet:

„Die Generalversammlung der Maurer Berlin und Umgegend am 4. Mai 1878 erklärt:

1. In Erwagung, dass jeder Auffordarbeiter naturgemäß den sonst üblichen Lohn herabdrückt, im günstigsten Falle aber mindestens ein Steigen desselben verhindert, erklärt die Versammlung die Auffordarbeite für schädlich;

2. erklärt die Versammlung, jeder Arbeiter hat die Pflicht, nach besten Kräften und Rissen für sich und die Seinen zu sorgen, folglich die Interessen der Arbeiter zu fördern. Aus diesem Grunde verpflichten sich die Maurer Berlins, um die Schädlichkeit der Auffordarbeite abzuwähnen, bei Auffordarbeiten täglich nicht mehr als höchstens neun Stunden, nämlich von Morgens 7 Uhr bis Abends 6 Uhr mit Zwischenpausen die sonst üblichen Pausen (eine halbe Stunde Frühstück, eine Stunde Mittagszeit, eine halbe Stunde Besprechung) zu arbeiten;

3. in fernerer Erwagung, dass die Preise der Auffordarbeite mit dem Steigen des Tagelohnes in den letzten Jahren nicht Schritt gehalten haben, beschließt die Generalversammlung, im Jahre 1878 in und um Berlin nicht unter folgenden Preisen Auffordarbeiten zu übernehmen: (folgt eine Preisstabelle mit 32 Positionen.)

4. Jeder Maurer verpflichtet sich, die unter heutigen Datum aufgestellten Preise für Auffordarbeite innerhalb, sowie die neunstündige Arbeitszeit im Alford streng zu beachten.“

Das Bemerkenswerte an dieser Resolution ist, dass sie nicht ein absolutes Verbot dieser Arbeitsmethode ausprägt, sondern, um die Schädlichkeit der Auffordarbeite abzuwähnen, bestimmte Reformvorschläge festlegt. Das absolute Verbot der Auffordarbeite für Berlin stammt aus der Fassungszeit, Mitte der achtziger Jahre. Trotz dieses Verbots ist in Berlin immer von einem gewissen Teil in Beiträgen der Böhauer und Steinbauerverein“ lobt jedes Mittwoch seine Versammlungen ab. Um dem Bedürfnis entgegenzukommen, auch über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der jungen Mitglieder in ausreichendem Maße beraten zu können, wurde im Winter 1871/72 der Antrag gestellt, alle vier Wochen eine Stunde über die Fragen der Böhauer zu diskutieren. Dieser Antrag wurde abgelehnt, und nun riet Paul Gottschall selbst zur Gründung der ersten Böhauerorganisation — dem Böhauer-Club.

Die Befestigung der Böhähne im Böhauerberuf war aber auch eine dringende Notwendigkeit. Während sich die Maurer durch einen nochmaligen Streit im Jahre 1871 den Böhähnenstreit erobert hatten, unter Weibesführung des Tagelohnes von 1 Thlr., wie er bei achtstündiger Arbeitszeit bestanden hatte, war im Böhauerberuf noch alles beim alten, und die Folgen des Alfordsystems zeigten sich in erstaunlicher Weise. Kollege Neumann, der uns diese Daten in bauenswerte Weise zur Verfügung stellte, berichtet hierüber wie folgt:

„Mit dem Frühjahr 1872 sah eine bis dahin ungeahnte Bautätigkeit, die sogenannte Gründerperiode, ein, so dass für diese Arbeiten die vorhandenen Böhauer bei weitem nicht ausreichten. Der Preis für die Quadratrate Böhau stieg in diesem Jahre nach und nach bis auf 1 Thlr. 10 Gr. (M. 4), dementsprechend, je nach höherem Maße erhöhten sich die Preise für Zwischenpausen. Der neue Club konzentrierte seine Haupttätigkeit auf die Regelung der Arbeitszeit; denn hierin berührte vollständige Anarchie, was in Überbreitung der üblichen Arbeitszeit geleistet wurde, spottet geradezu jeder Beschreibung. Von früh 5 Uhr bis Abends 8, ja 8½ Uhr arbeiten, war nicht etwa Ausnahme, sondern allgemeine Regel. Die Tätigkeit der Clubmitglieder war auch insofern von Erfolg, dass im Herbst 1872 die übliche Arbeitszeit der Maurer auch beim Böhau innergehalten wurde.“

Demzufolge sind die Alfordmauerer in Berlin die größten Feinde unserer Organisation, und dies in die neueste Zeit haben sie organisierten Streitpunkt gelegt. Über die Zahl der Alfordmauerer in den einzelnen Jahren haben wir erst seit 1897 einen Nachweis; seit der Zeit, wo die Organisation periodisch Bautontrollen vornahm und über diese

Frage Erhebungen veranstaltet. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass in einem so großen Bezirk nicht immer alle Maurer von der Kontrolle erfasst werden; ein großer Teil wird oftmals nicht gefunden. Der Prozentstab der Alfordmauerer dürfte deshalb nicht größer sein, da die auf offenen Bauten arbeiten und möglichst alle von den Kontrollenken gelesen werden können.

wie der Tagelohn der Maurer. Trotzdem muss es auffallen, dass die Differenz lange nicht so erheblich ist, wie bei den Alfordmauerern.

Die Differenz im Alfordpreis und Maurerlohn von Materialwechseländerungen ausgelöscht. Einige Beispiele mögen zur Erklärung hier mit angeführt sein. An Stelle des losen Rohres ist Rohrgewebe getreten. Durch Einführung der Rohrsfabrikation wird beim Weidmachen physikalische Kraft gehabt, das Zubereiten erfordert geringeren Zeitaufwand und das Material ist bedeutend ergiebiger, da beim alten System nur ein Dreiviertel-Kasten zur Verarbeitung übrig blieb. Früher wurde Altdorfschotter und heuer Schleißer Kalk verarbeitet. Während ersterer schnell trocknet, beißt letzterer bedeutend mehr Elastizität und hält sich sehr lange, selbst an trockenem Maurerwerk, gefümedig. Sie in dem letzten Jahrzehnt eingeführte Gips-, Gipsplatten- und Lutrinwand haben eine weitere Erleichterung gebracht, da diese wegen ihres Feuchtigkeitsgehalts und der glatten Flächen nur eines dünnen Kalkübermutes bedürfen. Dagegen darf nicht verschwiegen werden, dass die Qualität des Pulus jederzeit geworben und die Intensität der Arbeit auch in dieser Branche bedeutend gestiegen ist. „Lebren“ befreit beim Innensputz in der Regel überhaupt nicht mehr gemacht, sondern es wird $\frac{1}{2}$ cm mit Wörtel beworben, dieses wird mit der Hartfische breit gedrückt, hinterher noch einmal übergezogen und der Putz ist reißfest. Bei der früheren zehn- und elfstündigen Arbeitszeit fertigten drei Innensputzer, 700 bis 800 qm Putz an, während sie bei den heutigen Verhältnissen und bei achtstündiger Arbeitszeit 900 bis 1000 qm anfertigen in der Lage sind. Diese Leistung soll noch nicht einmal eine besondere Anstrengung sein, so dass Kolonnen, die mit jungen, kräftigen Kollegen bestellt sind und die für ihre Arbeitskraft nicht die richtige Werkschätzung beiseite, in der Woche im Durchschnitt 1200 qm und noch mehr herstellen.

In der Gipsbranche wurde bis zur Gründung der Organisation ausschließlich in Alford gearbeitet. Diese Branche ist noch jung, sie besteht erst seit Einführung der Böhähne — und somit war das Nebel noch nicht so tief eingedrungen. Es gelang, bei den Bürgern und Spannern die Auffordarbeite vollständig zu befechten. In der Gruppe der Lutrinwandputzer musste 1905 ein Streit geführt werden, um die Vertragsbedingungen einzuführen, die in dieser Branche üblich sind. Bis dahin war in dieser Gruppe bei allen Arbeiten die Auffordarbeite üblich. Die Kollegen und auch die Firma verpflichteten sich, hinfest alle Arbeiten in Zeitlohn auszuführen. Trotzdem ist die Auffordarbeite noch nicht vollständig befechtet; hoffentlich gelingt es durch unausgesetzte Belehrung ihre volle Befestigung herbeizuführen.

In der Zementbranche wurde bis zur Gründung der Organisation ausschließlich in Alford gearbeitet. Diese Branche ist noch jung, sie besteht erst seit Einführung der Böhähne — und somit war das Nebel noch nicht so tief eingedrungen. Es gelang, bei den Bürgern und Spannern die Auffordarbeite vollständig zu befechten. In der Gruppe der Lutrinwandputzer musste 1905 ein Streit geführt werden, um die Vertragsbedingungen einzuführen, die in dieser Branche üblich sind. Bis dahin war in dieser Gruppe bei allen Arbeiten die Auffordarbeite üblich. Die Kollegen und auch die Firma verpflichteten sich, hinfest alle Arbeiten in Zeitlohn auszuführen. Trotzdem ist die Auffordarbeite noch nicht vollständig befechtet; hoffentlich gelingt es durch unausgesetzte Belehrung ihre volle Befestigung herbeizuführen.

In der Zementbranche wurden vom Jahre 1880 bis Ende der 90er Jahre die gesamten Zementarbeiten von den Polieren in Alford übernommen. Diese Zementmeister vergaben wieder die einzelnen Spezialarbeiten an Unterarbeiter, die dann in Kolonnen das Zementieren, Ziehen, Einschalen, Rütteln und den Materialtransport ausführten und dafür einen Preis erhielten, der bedeutend niedriger war, als der, den der Zementunternehmer von der Firma zahlt. Seit Bestehen der Organisation hat die Auffordarbeite, einschließlich des Systems der Zementmeister, bedeutend nachgelassen, und seit Bestehen des Tarifvertrages (1908) ist in der Zementbranche allgemein die Lohnarbeit eingeführt. Auch in den Spezialbranchen, wie Einschalen und Beton- und Dedenbau, wo vor dem Jahre 1899 unter denselben Bedingungen wie bei den Zementierern gearbeitet wurde, wird jetzt ausschließlich in Lohn gearbeitet. Seit 1904 arbeiten auch die Flechter in Lohn. Bei den Hülfearbeitern in der Zementbranche kam es bis 1903 vor, dass einige Kolonnen, die bei der Hubereitung und dem Transport der Betonmischung beschäftigt waren, von Unternehmern oder Zementmeistern die Arbeit in Alford übernahmen. Nachdem von 1902 an unser Verband unter dieser Gruppe eine lebhafte Agitation entfaltete, gelang es, auch sie ins Vertragsverhältnis aufzunehmen, und mit der Garantierung eines angemessenen Stundenlohns verschwand auch hier die Auffordarbeite. Heute kann gesagt werden, dass bis auf kaum nennenswerte Ausnahmen, sämtliche Arbeiten, die in der Zementbranche vorkommen, in Zeitlohn ausgeführt werden.

Die Branche der Fliesenleger umfasst zur Zeit circa 600 Kollegen. Direkt wird nicht in Alford gearbeitet. Doch verfügen die großen Firmen dadurch einen Druck zum Zwecke der stärkeren Ausübung der Gelehrtenberufe, dass sie die Arbeit an sogenannte Subunternehmer in Alford vergeben; dieser nimmt sich Leder an und sucht dann mit allen Mitteln die höchste Leistung aus den Gelehrten herauszupressen. Umgekehrt 100 Mann arbeiten bei diesen Subunternehmern. Diesem Nebel könnte nur geheuer werden, wenn es an der Wurzel geradelt würde, d. h. von den größeren Firmen verlangt würde, dass diese Gruppe durch die Organisationsersplitterung zur Zeit nach gebündert. In einem Geschäft mit 15 bis 20 Mann wird in verdeckter Weise in Alford gearbeitet.

In der Branche der Backofenmauerer werden von 90 bis 100 Mann beschäftigt. Alford war hier niemals üblich, wohl aber ein Laienlohn; der die Schinderei und Speiseflederei in schrecklicher Weise förderte. Die Branche besteht seit 30 Jahren. Der Lohn stand immer bei $\frac{1}{2}$ unter dem Maurerlohn, und zwar $2\frac{1}{2}$ bis 10 Gr. Jetzt ist ein Einheitslohn von 90 Gr. bei achtstündiger Arbeitszeit festgelegt.

Eine weitere Spezialität ist die Patent-Dedenaußößerei. Hierbei werden in Zeiten guter Konjunktur 400 bis 500 und mehr Kollegen beschäftigt. Es gibt eine Reihe Systeme, das Röbelsche, das Dreifelsche, das Neubauerische usw. Backofenschiff ist der Zeitlohn, doch soll in einigen Geschäften das Prämiensystem und auch der verdeckte Alford eingeführt sein. Die Organisation konnte eine heilsame Wirkung noch nicht ausüben, da es immer noch nicht gelang, einen Organisator zu gewinnen, der die Kollegen dieser Branche zusammenfäßt und sie zur gemeinsamen Organisationsarbeit vereint.

40 bis 50 Kollegen sind beim sogenannten Bement-Preis verhältnisweise beschäftigt. Auch deren Lohn und Arbeitsbedingungen sind vertraglich geregelt. Früher war hier

Datum	Insgesamt	Davon		Alfordmauerer in Proz.
		Bauten	Maurer	
8. Juni 1896	595	6629	9	9
2. Juni 1897	653	7816	4	76
30. März 1898	534	5109	1	15
30. Mai 1899	761	7588	9	160
11. Juni 1900	789	8749	26	348
12. Juni 1901	843	7566	28	829
21. April 1902	947	9037	38	418
3. Mai 1903	905	7146	20	299
20. Mai 1905	1177	10003	49	608
24. April 1906	1582	12594	86	768
	1372	10999	79	914

Jahr	Pro Kubikmeter Kalkstein	Pro tausend Pflaster mauerungskalkstein	Pro tausend Hinter mauerungskalkstein	Tagelohn der Böhauer	
				Im Durchschnitt	Im Durchschnitt
1878	1 Thlr. 17 Gr. 2 Pfg. — M. 4,72	Im Durchschnitt M. 18.	Im Durchschnitt M. 18.	4,50 — 5	
1897	M. 2,50	Im Keller M. 7,50	Im Erdgesch. M. 8.	5,40	
1906	M. 2 — M. 2,50	do. M. 8 bis 8,50	do. M. 7 bis 7,50	6,75	

Beim Innen- und Außenputz waren am 22. Mai d. J. 3744 Kollegen beschäftigt; die Böhauer fann aber um 400 bis 400 grösster sein, da die Leitung anstrengt, diese Kollegen von der Kontrolle nicht erfasst werden. Wir führen gleich die Preise auf, die in den einzelnen Jahren für Innenputz gesetzt wurden, und stellen, um einen Vergleich zwischen dem Steigen des Lohnes der Böhauer und Maurer zu ermöglichen, den jeweiligen Maurertagelohn daneben. Eine Quadratrate ist gleich 14% qm.

Jahr	Preis für Innenputz in Quadratmetern		Tagelohn der Maurer
	M.	Gr.	
1869.	0,18	1,75 — 2,—	2,25 — 2,75
1870.	0,18	1,75 — 2,—	8,—
1872 — 1874	0,26	3,89	4,50 — 5
1875	0,22	3,12	4,50 — 5
1880.	0,14	1,92	3,25 — 3,50
1885.	0,18	2,56	4,75
1890.	0,20	2,84	5,—
1895.	0,18	2,56	5,85
1900.	0,20	2,84	5,85
1906.	0,26 ³	3,69	6,57
	0,28 ³	3,89	6,75

¹ Nach dem Streit, der am 10. August 1895 beendet wurde, betrug der Maurertagelohn M. 3 bei einem Tagelohn von 1 Thlr.

² Im Herbst 1878 sank der Maurertagelohn auf M. 2,50 — 3,00 und der Preis einer Quadratrate Innenputz auf M. 1,60 bis 2.

³ Von den Böhauern mussten die Böhauer bis zu den Trägern bezahlt. Um 1895 und später, aber schon vor dem Träger vom Unternehmer bezahlt. Um einen Streit zu verhindern, fand in der Aufführung M. 2 bis zu dem jetzt anstehtenden Preis zugestellt, so ist dies der Vertrag, der den Trägerlohn ansteht.

Die Böhauerarbeit ist also bereits seit 1869 in Alford ausgeführt worden. Böhauer im heutigen Sinne gab es damals noch nicht. Jedes gröbere Baugeschäft hatte einen Stamm Leute, die die laufenden Böhauerarbeiten ausführen und in der übrigen Zeit auf Ausbauten und Scharwerk beschäftigt wurden. Auch eine besondere Organisation der Böhauer bestand bis zum Jahre 1872 nicht. Der „Allgemeine Maurer- und Steinbauerverein“ lobt jedoch Mittwoch seine Versammlungen ab. Um dem Bedürfnis entgegenzukommen, auch über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der jungen Mitglieder in ausreichendem Maße beraten zu können, wurde im Winter 1871/72 der Antrag gestellt, alle vier Wochen eine Stunde über die Fragen der Böhauer zu diskutieren. Dieser Antrag wurde abgelehnt, und nun riet Paul Gottschall selbst zur Gründung der ersten Böhauerorganisation — dem Böhauer-Club.

Die Befestigung der Böhähne im Böhauerberuf war aber auch eine dringende Notwendigkeit. Während sich die Maurer durch einen nochmaligen Streit im Jahre 1871 den Böhähnenstreit eroberten, unter Weibesführung des Tagelohnes von 1 Thlr., wie er bei achtstündiger Arbeitszeit bestanden hatte, war im Böhauerberuf noch alles beim alten, und die Folgen des Alfordsystems zeigten sich in erstaunlicher Weise. Kollege Neumann, der uns diese Daten in bauenswerte Weise zur Verfügung stellte, berichtet hierüber wie folgt:

„Mit dem Frühjahr 1872 sah eine bis dahin ungeahnte Bautätigkeit, die sogenannte Gründerperiode, ein, so dass für diese Arbeiten die vorhandenen Böhauer bei weitem nicht ausreichten. Der Preis für Quadratrate Böhau stieg in diesem Jahre nach und nach bis auf 1 Thlr. 10 Gr. (M. 4), dementsprechend, je nach höherem Maße erhöhten sich die Preise für Zwischenpausen. Der neue Club konzentrierte seine Haupttätigkeit auf die Regelung der Arbeitszeit; denn hierin berührte vollständige Anarchie, was in Überbreitung der üblichen Arbeitszeit geleistet wurde, spottet geradezu jeder Beschreibung. Von früh 5 Uhr bis Abends 8, ja 8½ Uhr arbeiten, war nicht etwa Ausnahme, sondern allgemeine Regel. Die Tätigkeit der Clubmitglieder war auch insofern von Erfolg, dass im Herbst 1872 die übliche Arbeitszeit der Maurer auch beim Böhau innergehalten wurde.“

Wie aus der Aufführung der Preise für Innenputz und der Maurertagelöhne ersichtlich ist, der Preis der Böhauerarbeit pro Quadratrate nicht in demselben Verhältnis gestiegen,

das Brämensystem üblich, es ist aber seit 3 bis 4 Jahren bestellt.

Für die circa 70 Mann starke Gruppe der in Brauereien beschäftigten Kollegen sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen gleichfalls krisistisch geregelt.

Ungefähr je 100 bis 200 Kollegen sind in Zeitlohn in Gasanstalten und Fabriken beschäftigt, und als leiste uns bekannte Spezialgruppe kommen die Füger in Betracht. Hierbei sollen circa 100 Mann beschäftigt sein. Die Arbeit wurde früher in Aßfeld ausgeführt; jetzt soll der Zeitlohn überwiegen. In den letzten drei Gruppen kommt eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Organisation noch nicht erfolgen.

Damit wäre die Aßfördarbeit im Berliner Lohngebiet, soweit deren Umfang in Frage kommt, sowie auch die Lohnsysteme der gesamten Brauereien dargestellt.

Was die Art des Aßfördystems beim Maurer wie beim Buben anbelangt, so ist es allgemein üblich, daß die Arbeit in Kolonnen übernommen und der Verdienst in der Regel unter gleicher Anteilnahme aller beteiligten Kollegen verteilt wird. Wenigstens ist dies bei den Bündern der Fall. Der Kolonnenführer erhält in der Regel eine Vergütung für Unfosten, die ihm bei der Versorgung der Arbeit und der Aufsicht oder Verordnung derselben entstanden. Bei den Aßfördmauern erhalten die „weniger beschäftigten“ einen geringeren Anteil des Verdienstes.

Das in den neuzeitigen Jahren im Bubermeister bestehende Zwischenmeisterystem — sogenannte Bubermeister, die auch gleichzeitig Rüstzeug liefern, die Arbeit in Aßfeld übernehmen und die Kollegen in Tagelohn auszahlen — ist bis auf einige Fälle bestellt.

Im Bubermeister-Poß wird die Buberarbeit ebenfalls in Aßfeld ausgeführt, und zwar unter denselben Normen, wie in Berlin. Von 1832 beschäftigten Kollegen pusten im August 123. Bis auf Spanbau, Behrend und Birkenerwerb der beschäftigt sich die Aßfördarbeit in unserem Gau auf das Büden. Im ersten Bezirk wurden 32 und in den beiden letzten je 4 Maurer beim Maurer betroffen. 1905 wurde in 31 Vereinen in Aßfeld gearbeitet. In diesem Jahre wird von Erkner und Poß auf dem geliefert, daß im Gegensatz zum Vorjahr, in Aßfeld geputzt wird. Im ersten Orte sind es 3 und in Potsdam von 420 beschäftigten Kollegen 20 Mann. In Potsdam ist in diesem Jahre unter wenig rücksichtigen Begleiterhebungen die Aßfördarbeit freigegeben worden. In mehreren Bezirken wurde sie in diesem Jahre bestellt, z. B. in Senftenberg, Trebbin und Rathenow, außerdem wurde in den 31 Bezirken, die im Jahre 1905 noch Aßfördarbeit aufwiesen, zur Zeit der Kontrolle nur in Lohn gearbeitet in Struthmühle, Forst, Bötzow, Schönwalde i. d. M., Geddin, Gora, Bösen, Rüttig und Kälberge-Rüdersdorf. Wir sind berechtigt, dies als eine Besserung aufzufassen.

Aßfördarbeit ist somit in unserem Gau in folgenden Bezirken üblich: Berlin, Bernau, Birkenerwerb (Vokalorganisation), Böverswalde, Erkner, Finsterwalde, Frankfurt, Fr. Buchholz-Mühlenbeck, Gagernmühle, Hemmsdorf, M. Markgräfler, Potsdam, Prignitz, Spanbau, Walterdorf-Schulendorf, Behrend, Posen und Schneidemühl. Von Annaburg und Friedeberg fehlen uns noch die Belegebogen.

Zahl der 1900, 1905 und 1906 im Gau in Zeit- und Aßfördlohn beschäftigten Maurer und Büder.
(In 38 Vereinen resp. Lohnbezirken.)

	Beschäftigte 1900			Beschäftigte 1905			Beschäftigte 1906		
	In Aßfeld			In Aßfeld			In Aßfeld		
	Br. Maurer	Büder	Summa	Br. Maurer	Büder	Summa	Br. Maurer	Büder	Summa
Im Berliner Lohngebiet	7923	401	1399	9723	11944	948	3763	16625	10426
Zu 32 Lohngebieten d. Gaus...	3103	—	76	3179	4273	14	359	4645	5505
Zu allen Lohngebieten des Gaus, soweit Aßfördarbeit bestellt	11036	401	1475	12902	16216	952	4122	21300	15931
									954
									410820993

Über die Wirkung der Aßfördarbeit etwas zu sagen, dürfte hier wohl nicht notwendig sein; die schädlichen Folgen sind allgemein bekannt. Interessant aber dürfte es sein, zu hören, was ein deutscher Baugewerksmeister über die Wirkung der Aßfördarbeit im englischen Baugewerbe beobachtet hat. Diese seine Erfahrung veröffentlichte er im Organ „Deutsches Jahrbuch für das Baugewerbe 1895“. Er schreibt:

„In England werden die Bauarbeiten mit verschwindenden Ausnahmen in Aßfeld ausgeführt. Ein technisch gebildeter Baugewerksmeister übernimmt das Bauwerk. Dieser Baugewerksmeister überträgt die einzelnen Teile und vornehmenden Arbeiten gleichfalls wieder einzelnen Unternehmern, die sich wiederum mit anderen zum Arbeiten auf gemeinsame Rechnung verbinden haben. Da diese Kolonnen auf gemeinsame Rechnung arbeiten, hat jeder von ihnen das Interesse, von dem anderen der seinesgleichen gleich gute Leistung zu fordern, was in weiterer Folge dahin führt, daß sich nur gleich födernde Kräfte zusammenfinden und zusammenhalten.“

Stellt sich in einer Kolonne Abhang durch Tod oder andere Ursachen ein, so wird durch Wahl, bei der Mehrheitsentscheid, entschieden, ob der Ausfall ergänzt. Es haben deshalb auch die Kolonnenmitglieder das Interesse, unter Hinzunahme jeder persönlichen Rücksicht, ausnahmslos nur hochbemerkten Kräften Zutritt zu verschaffen. Wie sehr das Persönlich — man kann sagen die Selbstsucht — verherrlicht, geht daraus hervor, daß bei Übernahme der Leistungsfähigkeit des einen von ihnen, unerbittlich und ohne Rücksicht auf die Gültlosigkeit seiner Lage, sein Ausfall aus der Kolonne zu erfolgen pflegt, ja, daß nicht selten sogar die in der Kolonne beschäftigten eigenen Kinder und sonstigen Verwandten des Betroffenen seine Entfernung aus der Kolonne betreiben.

Zur Ergänzung beschäftigt sich die Kolonne auch mit der Anierung jüngerer Personen, die während der Lehr-

zeit eine von der Kolonne festgesetzte Quote des Gewinns zum Lebensunterhalt bekommen, deren Erhöhung mit Zunahme der Leistungsfähigkeit eintritt. Es haben daher die Lehrlinge das nabliegende Interesse, alle ihre Kräfte auszustreben, um möglichst bald zum vollen Anteil zu gelangen, umgekehrt gebietet das nabliegende Interesse den übrigen, möglichst spät erst den vollen Anteil abzugeben.

Man sieht auf den englischen Bauten eine Emsigkeit beim Arbeiten, die wirklich nachahmenswert ist. (Das muß ja eine nette Schinderei sein!) (Ved. d. „Geb.“) Der Värtige wird von den Mitarbeitern zur Arbeit getrieben, ihre Unzufriedenheit hat keinen Ausfluss aus der Kolonne zur Folge. Dehals und weil dem Ausgeschlossenen schwer der Eintritt in eine andere Kolonne gelingt, ist die Erfahrung der Bünderkeit bei seinen Mitarbeitern eine zwangsläufige Notwendigkeit des eingelöste ihrer Unzufriedenheit gewissermaßen gleichbedeutend mit zeitweiser Arbeitslosigkeit und daraus resultierenden materiellen Verlusten.“

Man kann sagen, in Deutschland sind die Wirkungen der Aßfördarbeit nicht so förmlich; hier können sie durch die Organisation, durch die Pflege der Solidarität und der Brüderlichkeit gemildert werden, wenn wir, wie dies im Büdergewerbe der Fall ist, Einfluß auf unsere Kollegen haben, oder ihn durch Organisierung der Kollegen zu erlangen suchen. Wer aber mit den Altklären und Charaktereigenschaften der gewerkschaftlichen Berliner Aßfördmaurer vertraut wurde, wird zugeben, müssen daß er fast alle dem englischen Bauarbeiter in jener Artig „gerühmten“ Eigenschaften erreicht, ja in mancher Hinsicht noch übertroffen. Sicht aber die Durchführung jener „Grußhäfe“ noch eine bestimmte Organisationsfähigkeit voraus — nennen wir die Organisationsfähigkeit zur Erhöhung aller Menschlichkeit und Rücksicht —, so ist bei jenem Teil unserer Aßfördmauer nicht einmal diese Voraussetzung vorhanden; es fehlt an jenem Quantum moralischer Kraft, die notwendig ist, die Leute dauernd zusammenzuhalten.“

Ein nicht geringer Teil besteht aus Leuten, die aus den rücksichtigen Gegenden kommen und in der Heimat recht viel Not und Entbehrung kennen lernten, oder aus Söhnen von Bündern und kleinen Büdern, deren elterliche Scholle den Nachwuchs nicht zu ernähren vermag, und die sich eine andere Ernährungsquelle suchen müssen. Das Maurerhandwerk erscheint ihnen das nächste und rentabelste. Dem Schreiber dieses sind Dörfer bekannt, die den ganzen männlichen Nachwuchs als Maurer nach Berlin senden und in denen vor unserer Organisationszeit derjenige nicht als böller Maurer galt, der nur in Lohn arbeitete. Ein anderer Teil besteht aus Kollegen, die nicht gern zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Was soll nun der Verbandsstag in der Frage der Aßfördarbeit tun? Welche Beschlüsse würden den in unserem Gau gewohntesten Verhältnissen angemessen sein? Goll er ein Verbot aussprechen? Über soll er zu reformieren suchen?

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Was soll nun der Verbandsstag in der Frage der Aßfördarbeit tun? Welche Beschlüsse würden den in unserem Gau gewohntesten Verhältnissen angemessen sein? Goll er ein Verbot aussprechen? Über soll er zu reformieren suchen?

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handeln, an den Beschlüssen der Organisation sich verhinderten, denen mal eine Marke schlägt. Die glaubten, unrecht behandelt wurden zu sein und ausgeschlossen werden mußten, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zufriedenstellender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf getrieben wurden.

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Aßfördarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verbieten ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Berufe ja selbst die nächstverwandten Bauarbeite in Aßfeld arbeiten. Hier sollte die Aßfördmauer für uns zu den Aßfördmauern übergehen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt hand

und Preußen unerhört wären. Im ganzen Kanton ist das *Streitposten* stehen verboten worden. Ge- genwärtig werden alle Anstrengungen gemacht, ein richtiges *Zeugthaus* einzuführen, und am schwersten treffen die neuen Bestimmungen wieder die Ausländer, die auf die blödinnigsten Polizeirapporte hin ausgewiesen werden.

Der Kampf der Arbeiterschaft für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung ist darum in Bürkli außerordentlich erschwert und das Scharfmacheregime hat es den Ausländern fast unmöglich gemacht, sich daran zu beteiligen.

Die deutschen Arbeiter haben daher gerade jetzt nicht das geringste Interesse daran, nach Südrhön zu kommen, um sich den schauständischen Verhüpfungen und Misshandlungen auszusetzen. Vielmehr liegt es in ihrem eigenen Interesse, den schweizerischen Genossen in den Kampf nicht dadurch zu erzwingen, daß sie den Arbeitsmarkt für die Unternehmer ausstießen, so daß

Die deutschen Arbeiter werden daher eindringlich gewarnt, sich in diesem und dem kommenden Jahre nach Zürich zu begeben. Wenn sie fern bleiben, helfen sie am besten, der Hochflut der wildesten Reaktion in fürzester Zeit eine feste Schranke zu setzen.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

Zu der Woche vom 23. bis 29. September sind folgende
Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Lübeck
A. 300, Hamburg-Eppendorf 200, Niedermühle 200, Eissen 200, d. A. 200,
Ahlenshof 200, Münster i. W. 200, Rudolfsdorf 200, Brieg
(Bezirk Breslau) 200, Reinholdendorf 200, Niederschönhausen 150,
Meiersberg 150, Podejuch 150, Teterow 150, Moordorf 170,
Neudorfendorf 130, Worms 125, Friedeck 100, Erbenheim 100,
Heilbronn 100, Krefeld 100, Halle 100, Kemberg 75, Egesenfelde 61,
Bürgelstadt 50, Forst 50, d. Banff 50. Summa 1.3561.

Büchsen 50, Görlitz 1. v. Dantzig 50, Summa M. 5561.
Büchsen erhielten: Liepe (Gutnowschen) M. 200, Neu-
Langsdorff 200, Leipzig-Stenditz 100, Bäderitz 100, Wöbbel 100,
Görslitz 100, Butten 50, Winden 50, Todten-
hausen 50, Bremerhaven 50, Lahr 50, Vaden 50, Gravenhagen 50,
Königstein (Taunus) 50, Summa M. 1130.

Miltona, den 29. September 1906

Den 29. September 1906.

Dear Santa

Unfälle, Arbeitsschutz, Subventionen etc.

Es folgt, Donnerstag, 27. September, erlegte sich in dem in der Nähe von Essen beliegenden Rellinghausen ein schweres Unglück. Die Firma Wolberts & Fischer aus Essen hatte in Rellinghausen ein Kaiser Wilhelm-Denkmal zu setzen. Zu diesem Zweck war von Zimmermännern ein gesummiertes Gerüst aufgestellt worden, das die Höhe von 11 m erreichte. Das Gerüst stand auf Schwellen und war darin eingekapft; die Verschüttungen waren verbohlt. Als die Maurer damit begannen, das Gerüst abzubrechen, nützte es zusammen, vier Männer, die sich darauf befanden, unter sich begraben. Alle vier wurden schwer verletzt. Der Kollege Martin Weber und der Polizei-Andreas erlitten Quetschungen an den Beinen und Füßen. Der Kollege Peter Lüder ist am Schenkel betroffen; er hat einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung erlitten. Der vierter, Braun, hat eine Rippenquetschung erlitten. Es kann angenommen werden, daß von irgend einer vertrütenen Person vielleicht ein Bogen vor der Versteifung gelöst worden ist, denn während der Arbeit, wo Steine im Gewicht von 95 Zentnern hochgezogen werden sind, hat das Gerüst die Last getragen. Am selben Tage erlitt der Lehrling Heinrich Jung eine schwere Kopfverletzung, indem ihm infolge einer Unvorsichtigkeit von Seiten des Bauführers eine schwere Slette auf den Kopf fiel, so daß seine Überführung in das Krankenhaus notwendig war.

W e r d a u . Montag, den 24. September, gegen Mittag, stürzten die Maurer Emil Raumann und der Arbeiter Schreiter infolge Bruch der Leiter, auf der sie arbeiteten, aus einer Höhe von etwa 8 m auf die Straße. Beide wurden bestimmtlos aufgeschlagen und mittels Leitstange in ihre Wohnung transportiert. Nach der Meinung des Arztes werden die Verunglückten ohne dauernden Schaden davonkommen.

Verfügung. Der in Nr. 38 aus Rosendorf gemeldete Unfall hat sich am 5. September und nicht, wie dort ursprünglich angegeben, am 10. August ereignet. Der Fehlum benutzt auf einem Schreibfehler des Berichterstatters.

* **Bautenkontrolle in Bant.** Die oldenburgische Gemeinde Bant (bei Wilhelmshaven) hat dann der Initiative der sozialdemokratischen Gemeindevertreterin seit einigen Jahren einen ständigen Bautonsteuer. Über seine Tätigkeit in der Zeit vom 1. August 1905 bis 31. Juli 1906 liegt ein Bericht vor, dem wir folgendes entnehmen. Als gesetzliche Unterlagen der Kontrolle dienen die Baupolizeiordnung der Gemeinde, sowie die Unfallverhütungsvorschriften der Hanoverischen Baugewerksvergesellschaft. Die Unfallverhütungsvorschriften sind im Laufe des vergangenen Jahres vervollständigt, so daß jetzt auf Grund dessen einige für einen wirksamen Baugewerkschutz unentbehrliche Vorschriften getroffen werden müssen. So muß z. B. bei den so sehr auslöschlichen Leberhandmäueren rings um den Bau ein Schutzgitter angebracht werden, das für jedes Geschoss zu erneuern ist. — Ferner dürfen Arbeiten, namentlich auch Neubauarbeiten, in einer Höhe von über 9 m nicht mehr einfacher Leitern aus vorgenommen werden, vielmehr müssen hierfür ordnungsmäßige Gerüste hergestellt werden. Auch ist der Genug von geistigen Getränken während der Arbeitszeit verboten, dafür hat der Unternehmer für trittsicheren Trinkwasser usw. zu sorgen.

Im Berichtsjahr wurde 80 Neu-, sowie 75 Umb- und Anbauten kontrolliert. Unter den Umbauten sind verchiedene zu verzeichnen, wobei das Arbeiten mit größeren Gefahren verknüpft war als bei einem Neubau. So wurden die Wände der unteren Geschosse einiger Häuser fast gänzlich fortgenommen und das Mauerwerk der oberen Geschosse durch Eisenkonstruktionen wieder aufgezogen. Ferner war bei den vielen hier vorgenommenen Wirtschaftseinrichtungen

öfter ein Höherlegen der Bassenlage notwendig. Es sind dies bei allen Gebäuden immerhin gewöhnlich schwierige Arbeiten, die einer scharfen Beaufsichtigung bedürfen. Aus diesem Grunde wurden sämtliche Baustellen alle 2 bis 3 Tage, wo notwendig, täglich mehrere Male revidiert. Die gefundenen Fehler und Mängel wurden im Berichtsjahr sofort von den Arbeitern beseitigt.

sonohl von den Arbeitern, als auch von den Unternehmern selbst, füllt willig befestigt als im Vorjahr, was auch aus der Zahl der Anzeigen hervor. Angezeigt wurden erstaunt in folgenden Fällen: Zwei Fälle, wo Treppen und sonstige Öffnungen nicht eingefriedigt oder abgedeckt waren, ein Fall, wo den eingebauerten fehlte, drei Fälle, wo Wohnungen in Neubauten vor erfolgter Schlussabnahme bezogen wurden, in zweien dieser Fälle mußte die Wohnung wegen der noch vorliegenden großen Gefahr wieder geräumt werden, drei Fälle, wo Baumaterialien über Nacht außerhalb der Bau-einfriedung lagen oder der Verkehr erheblich hemmten, ein Fall, wo die Balkenlage nicht abgedeckt war, ein Fall, wo Dachdecker auf dem steilen Dache eines vierstöckigen Gebäudes arbeiteten, ohne sich an einer Leine befestigt zu haben, ein Fall, wo keine weiterdichte Baubüste auf der Baustelle vorhanden war, ein Fall, wo auf einem sehr hohen Gerüst gearbeitet wurde, das nicht genügend abgesichert war, ein Fall, wo die Heizungsanlage in der Baubüste fehlte. Ferner wurden noch einige Fälle, wo Müll und Unrat im Freien lagerten, sowie mehrere Übertritte an der Einführungssituation und der Straßenordnung zur Anzeige gebracht, so dass dem Gericht in diesem Jahr 1907 110 Anzeigen vorgelegt wurden.

gerige gebracht, da dem Kontrolleur auch die Überwachung der festgelegten Verordnungen unterliegt. — Im Vergleich zu den im vorigen Jahre erstatteten Anzeigen ist ersichtlich, daß die Gegenströmung ganz bedeutend nach-

gefallen hat. Anzeiger wurden meistens erst nach einer erfolglosen schriftlichen oder mündlichen Aufsordnung erstaatet. In mehreren Fällen wurde gerichtliche Entscheidung beantragt, hierbei wurde dann gewöhnlich eine Erhöhung der Strafe ergegnet, die durch die nur hingemachte Strafentlastung wieder ausgeglichen wurde. Die Anzeige, wo sich Dachdeckerklüffen nicht an der Leine befestigt hatten, wurde gegen die Arbeiter selbst erstaatet, da der Unternehmer eine vorrichtungsähnliche Leine an der Baustelle aufgezogen hatte. Bei solch großen Verhören wird die Anzeige natürlich sofort und nicht erst nach erfolgter Aufsorderung erstaatet. Hierbei ist erwähnenswert, daß von allen am Bau beschäftigten Arbeitern die Dachdecker diejenigen sind, die sich mit Schubbeleistungen aus wenigen Minuten, trotzdem gerade dieser Beruf der weit gefährlichste ist.

Erfreulicherweise waren Bauunfälle im Berichtsjahr innerhalb der Gemeinde nicht vor, jedenfalls wurden keine Personen verletzt. Nachweislich sind aber durch Anordnungen des Kontrollors wieder einige Unfälle verhütet worden. Bei Elevatoren wie auch bei sonstigen Materialtransporten wird in allen Fällen auf Anordnung des Kontrollors etwa 2 m über dem Gebäudeturm ein Schubgerüst angebracht, worin eine Öffnung für den Aufzug verbleiben muß. Diese Öffnung wird durch zwei angebrachte Klappflügel geschlossen. Beim Hinauftauchen des Materials werden die Klappflügel durch das Material selbst gehoben, stehen aber nach Passieren derselben selbsttätig wieder zu und das Schubdach ist wieder geschlossen. Es sind verschieden Fälle an bezeichneten, wo, abgesehen von einzelnen Steinen, ganze Kästen voll Steine (15 bis 20 Stück) mehrere Stockwerke hinunterfielen und nun durch die genannte Schubvorrichtung aufgefangen wurden, so daß die darunter beschäftigten Arbeiter unverletzt blieben. In unserem Nachbarorte, wo diese Schubvorrichtung sehr selten angebracht wird, sind in den beiden letzten Jahren mehrere Personen durch herabfallendes Material beim Hinabrinnen derselben verletzt worden. Spezielle Vorschriften über Anbringung festgezurrter Schubvorrichtung sind bislang noch nicht erlassen. Sie wurde aber von den Unternehmern anstandlos hergestellt und als zweckmäßig angestannt, was einige dadurch bewiesen, daß sie auch auf alten Bauten außerhalb der Gemeinde ganz diese Ein-

* Submissionsblätter. Zur Vergabeung der Erd- und Böhrungsarbeiten (rund 165 000 ehm. Bodenbewegung und 1000 a. Böhrung), des Einbaus von Seitenwänden (2100 Quadratmeter und der Befestigung und Legung von rund 40 m gußeisernen und 220 m Zementdröhren für Durchlässe, die zur Herstellung eines neuen Bahnhofs bei Mader (an der Eisenbahnlinie Thorn-Sternburg) neben anschließenden Unterbrechungen erforderlich sind, gingen von 20 Firmen folgende Angebote ein:	
E. Süßel-Thorn	M. 27267,75
Göde & Niedermeyer-Stettin	245286,60
W. Mohrlein-Thorn	164036,45
Klunig-Bromberg	153887,10
Bieler-Bromberg	146983,81
Geb. Kirche-Thorn	148845,75
E. Immanns-Thorn	135699,00
Ewald Hoffmann-Thorn	131846,99
J. Vorcański-Königsberg	129883,-
Markert-Janow (Posen)	129640,34
G. Sopport-Thorn	127819,98
Julius Großherz-Thorn	115395,56
Kappis-Danzig	113938,-
Julius Berger-Bromberg	113897,-
Fritz Komi, Baugeschäft, Thorn	109364,09
Adolf Berger-Bromberg	109158,89
Emil Zutz-Bromberg	104423,57
A. Vorcański-Lissa	97554,23
W. Wotraptowitz-Bogdorz	88479,29
Specht & Bindz-Wormsdt.	82758,52

Polizei und Gerichte.

* **Nachklänge zum Zwickerauer Mauerstreit.** Keinen Erfolg hatte der Staatsanwalt mit der Anklage gegen zwei „Beleidiger“ von Streitbrechern. Der Maurer Spieß war vor dem Schöffengericht angeklagt, weil er dem „Arbeitswein“ Breitfelder mit dem Sodf gedreht und in ihm gesetzt haben sollte. Mit Stich kommen soll man

„nicht reden.“ Zur Entrüstung der Anklage führte Spieß aus, daß ihm Breitfelder die Hand habe reichen wollen, die er ausstieß mit dem Bemerkung, es sei sein schöner Zug von ihm, daß er sein Landsmann jetzt arbeite. Hierauf habe Breitfelder ihm zuerst „Lump“ geschimpft, darauf habe er, Spieß, seinen Stock erhaben und zu Breitfelder gesagt: „Gehe heim. Du bist heute besoffen!“ Breitfelder bleibet aber dabei, daß sich der Sachverhalt aufzutragen habe, wie in der Anklage dargelegt sei. Der Staatsanwalt beantragte Befreiung, das Gericht kam aber zu einem freisprechenden Urteil, weil anzunehmen sei, daß sich Breitfelder infolge seiner außergewöhnlichen Schwäche nicht habe tragen können. — Der Maurer Ernst Vogel soll den „Arbeitswilligen“ Wehlhorn „n“ durch die Worte „Lump“ und „Lappen“ beleidigt und zur Niederlegung der Arbeit an zwingen verhucht haben. Vogel bestreitet, die instruminierten Worte gebraucht zu haben; vielmehr hat er zu Wehlhorn nur gesagt, er solle seine Sachen zusammenpacken, da er ihm Arbeit zu neuen Bedingungen befreit wolle. Wehlhorn gibt zwar an, daß obige Worte gefallen seien, kann aber nicht bestimmt behaupten, daß Vogel sie gekannt hat, weil mehrere Streitende um ihn herum gestanden haben. Daraufhin erfolgte die Freisprechung Vogels. Bemerkenswert ist, daß Wehlhorn dem Vogel sowie anderen Männern gegenüber bestreitete, daß er sie Anzeige gar nicht erstattet habe, sondern sie von anderen Seite ausgeogenen sei.

* **Würzburger Streitfests.** Montag, den 23. September, waren die beiden Würzburger Schöffenrichter wieder vollständig beschäftigt, um Streitländer abzurichten, die hauptsächlich gelegentlich des Maurerstreits die heilige Ordnung gefährdet haben sollten. Der ausgeschickte Maurer Simon Dobler sollte "Arbeitswütige" befehligen und den Bauunternehmer Gumpert geschimpft und bedroht haben. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß Dobler in der höchstigen Form mit den Arbeitswütigen geprochen hat. Da alle der Unternehmer Gumpert hebet und wies ihn fort. Als er nicht gleich ging, zog Gumpert einen Revolver und drohte zu schießen. Darauf ergriff Dobler einen Backsteinbroter und rief: "Du dumme, du glaubst wohl, dir kommt aus' widerstreit". Die Arbeitswütigen lebhaft erklärten unter sich, daß Dobler keineswegs geprahzt und nicht beleidigt habe. Nur fünf Wochen vor der tragischen Tage habe er ihnen einmal Schmähungen geprägt. Der Schauspieler Paulus ergäbte über den Angeklagten allerlei grausliche Dinge unter Einr. Erst als ihm der Richter vorhielt, daß nicht einmal die Arbeitswütigen und der Unternehmer selbst derartiges von Dobler behauptet hätten, hörte er auf und erklärte, daß sei ihm alles von Gumpert mitgeteilt worden. Dieser dagegen erklärte ebenso bekannt unter sich, daß dies nicht wahr sei. Ferner beschwore der Unternehmer, daß er den Revolver erst gezogen habe, als Dobler den Backstein gegen ihn erhoben hätte, während eine ganze Reihe von Zeugen das Gegenteil befürworte. Trotz aldem wurde Dobler wieder Recht für schuldig erklärt und zu 16 Tagen Gefängnis verurteilt. — Der Stukkatur Fr. Würtembergens brachte bei einem Auflauf auf die schweigend vorgehenden Polizei ein "Hoch" aus und machte nicht Lauschrift, als er verhaftet werden sollte. Wegen "Verhöhnung des Polizei" und "Widerstands" erhielt er 28 Tage Gefängnis. Eine "Verhöhnung" erklärte die Polizei auch darin, daß der Steinheimer Brainer am 8. August bei hellem Sonnenchein einen Regenrichter aufspannte und damit umherging. Wegen dieses Unfalls sollte er verhaftet werden, was auch nicht ganz stoltz abging. Das Gericht verurteilte ihn zu 8 Tagen Gefängnis wegen "Widerstands" und zu 3 Tagen Haft wegen "groben Auftrugs". — Der Stukkatur Bachler soll am 7. August die Aufforderung eines Sängertannes, weiterzugehen, nicht befolgt haben. Er bekrüftete es und brachte vor, daß er in der Würzburger Gesellschaft sei und sich auf dem Heimweg befinden habe. Freiwillig 10 Tage Gefängnis. — Der Maurer Kießel soll am 16. Juli an einem Auflauf eines Schauspielers zum Beitergehen nicht gefolgt sein. In der Anzeige wird er als entstellt haben und der Aufforderung eines Schauspielers zum Beitergehen nicht gefolgt sein. In der Anzeige wird er als entstellt haben und der Aufforderung eines Schauspielers zum Beitergehen nicht gefolgt sein.

„... der gestern auf der Straße vor der Kanzlei war.“ „Ich erinnere mich, daß ich ein Streitfeuer“ bezeichnete, obwohl er in seinem ganzen Leben noch keinen Streit geführt und am betreffenden Tage sogar in Arbeit gestanden hat. „In der Verhandlung wurde ausgewiesen, daß der Aufstau bereits darüber und der Platz dagegen geräumt war. Kießl wollte seine Frau erwarten, als er fortgewesen wurde. Er ging 200 Schritte weiter, stellte sein Blad an den Randstein und blieb liegen, um seine Frau nicht zu verfehlten. Als er sich später wieder entfernen sollte, wurde er von Wachmeister Meier angehalten und kontrolliert. In der Verhandlung meinte der Wachmeister, er Angelagte habe sich „offenbar an dem Aufstau dekolletiert“; er sei auf und ab gegangen, „wie ein blutdürftiger Löwe“. Der Wachmeister behauptete erßt steif und fest, daß Kießl Streitfeuer gewesen sei und sich an jeder Demonstration seiner Maurer beteiligt habe. Als ihm aber sofort zugreift wurde, erklärte er, er könne es nicht auf seinen Eid schenken. Es stellte sich auch heraus, daß die Anzeige erst fünf Wochen nach dem Sozial erhebt wurde. Die Frage, warum dies geschehen, ließ Kießl freigesprochen, wegen „Stehensbleiben“ erhielt A. 20. Gefahr. — Der Maurer Peter Jäger war wegen „Gefangenentfernung“ angeklagt. Am 17. Juli wurde er von dem Steinreicher Weber als Streikposten abgelöst. Gleich darauf sah er, wie Weber von einem Schuhmann ohne ersichtlichen Grund verhaftet werden sollte. Er ging hin und sagte: „Weber, du darfst nicht verhaftet werden, du mußt auf deinem Posten bleiben.“ Dabei packte er Weber am Arm. Ein gleiches Moment läßt sich von hinten gepackt und geworfen; dann wurde er auf die Bache geschafft. Der als Geige vernommene Schuhmann antwortete auf die Frage, wie er den Streikposten verhaftete, mit, daß damals das Streikpostenrecht noch nicht verboten war: „Der Polizeihauptmann hatte befohlen, auch die Streikposten zu verhaften.“ Das Urteil lautete auf acht Tage Gefängnis. — Der am Dangierbahnhof beschäftigte Monteur Beichmüller fuhr am 21. Juli vor 12. M. von der Arbeit heim. Unterwegs kam er in einen Trupp Menschen, die von der Polizei vor sich her getrieben wurden; dabei wurde er vom Polizisten geworfen. Während des Aufstiegs schwankte er über die Leute, die ihn zu Fall gebracht hatten. Sofort hatte ihn ein stehender Schuhmann beim Kragen, wogegen er sich und übergab in einen Fußgängerschuhmann. Der Schuhmann legte unter Eid aus, daß Beichmüller auf die Polizei geschimpft habe. Als er aber auf den Winkel am Dangierbahnhof zurückkam, wurde

nicht mehr „bestimmt behaupten“. Der Angeklagte wurde zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er nach dem Sturz nicht gleich fortgegangen ist. Originell ist, daß auch einmal ein „ordnungsliebender“ Arbeiter in die Fäuste des Justiz geriet. Der Schreiner Andreas Puchta hatte sich am 16. August zu einem Trupp streitender Maurer gesellt, denen er klar zu machen suchte, daß ihre Forderungen unberechtigt seien. Darin wurde er durch die Polizei gefördert, die den Trupp zerstreute. Die Streitenden gingen anstandslos weiter, während Puchta als „Königstreuer“ sich nicht für verpflichtet hielt, das gleiche zu tun. Als er wiederum zum Weitergehen aufgefordert wurde, rief er den Schuhleuten eine Einladung an die Gött von Versöhnung zu. Obwohl er dem Gericht hundertmal seine „staatsverachtende“ Gesinnung beteuerte, wurde er zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

* **Streikländer.** Das Schöffengericht zu Mittweida verurteilte am 20. August den Kollegen Moh, Vorsitzender des Zweigvereins Freyburg, zu 200 Geldstrafe und zur Tragung familiärer Kosten des Verfahrens wegen Übertrittung des § 153 der Gewerbeordnung. Der Anklage lag folgender Tatbestand zu grunde. Seit Anfang Mai dieses Jahres lagen die Maurer und Zimmerer des Zweigvereins im Streit; der Streik selbst war vor 10 Tagen in. Als am 23. Juni Moh die Eisenbahn von Freyburg bis Freyburg benutzte, sollen in demselben Wagen, in dem sich Moh befand, Worte gefallen sein, die den beiden Maurern Wilhelm Henkner aus Thiergarten und Karl Siegfried aus Auerbach, beide frühere Mitglieder unseres Verbandes, nicht gefielen. Diese beiden Maurer wollen gehabt haben, daß Moh sagt: „Die wilden Schweine“ usw. Obwohl von mehreren Zeugen vor Gericht beurteilt wurde, daß diese Äußerungen sich nicht im geringssten auf diese beiden Maurer bezogen hätten, sondern daß sie das Gespräch auf einen ganz anderen Gegenstand begegneten habe, kam das Gericht doch zu der Überzeugung, daß es sich nur um diese Personen handeln könne. Auf einen ganz anderen Standpunkt stellte sich das Schöffengericht in **Krostitz** am 5. September, als zwei „Arbeitswillige“ die Anklagebank stiegen muhten, hier handelt es sich um den Zimmerer Wopoldowitsch und den Maurer Jänsch. Beide kamen eines Abends vor der Arbeitsstätte, wo sie allerdings Streikbruch verübt, vor das Strampfische Kofal, woselbst das Streikbüro war und die Kollegen, die die Leitung hatten, sahen. Ohne jegliche Veranlassung blieben die beiden „Arbeitswilligen“ vor dem Kofal stehen und singen nun an, die streitenden Kollegen ganz gemein zu belästigen und zu beobachten. Sie riefen: „Ihr verfluchten Schweine, heut werden wir euch allen die Wampen aufzügeln, oder loszuladen, lebendig kommt keiner hier heraus.“ Dafür bekam der Zimmerer Wopoldowitsch eine Geldstrafe von 40 und Jänsch wurde freigesprochen. Der Verteidiger der Angeklagten, Vorsitzender des dortigen Bauwirkevereins, führte an: Erfreutbereit sind die beiden Angeklagten nicht vom Bauwirkeverein abtrünnig geworden. Sie haben sich jedenfalls gefangen gefühlt, und aus diesem Grunde seien die Neuerungen nicht als strafbar zu betrachten. Vergleichen wir nun jetzt einmal die beiden Urteile, so kann man klar und deutlich sehen, was für Meinungen die Herren am grünen Tische haben.

Berschiedenes.

* **Arbeiterbildungsschule in Berlin.** Der Unterricht in Geschäftswesen beginnt am Montag, den 15. Oktober; in Soziale Gefügebildung Dienstag, den 16. Oktober; in Naturerkenntnis Mittwoch, den 17. Oktober; in Rednerkunst Donnerstag, den 18. Oktober; in Nationalökonomie Freitag, den 19. Oktober; in Literaturgeschichte Sonnabend, den 20. Oktober; Fortschrittskursus in Nationalökonomie Montag, den 15. Oktober. Zum Fortschrittskursus werden nur circa 20 Teilnehmer zugelassen, welche schon einen Kursus in Nationalökonomie befreit haben müssen.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 10½ Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 S ; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 4 S und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullatal Grenadierstraße 37, Hof geradeaus, 1. Treppe, und in nächstliegenden Bahnhöfen: Gotha, Schulz, Admiralsstraße 40; Neul., Arnimstraße 42; Vogel, Vorhangstraße 37; Fahrtow, Röbenestraße 6; Horch, Engel-Ufer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann Lammé, Berlin S. 59, Freiligrathstraße 3, 1. Querstraße, IV, Geldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 66, zu senden.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) Heft 58 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Parteitaktisches. — In Erwartung des italienischen Parteitages. Von Oda Olberg (Rom). — Georges Clemenceau oder der bürgerliche Anarchosocialismus. Von Ch. Rappoport (Paris). Der Versicherungskongress und die Sozialpolitik. Von Dr. Karl Gumpert (Berlin). — Mitteilungen des Internationalen Sozialistischen Bureaus zu Brüssel. (Schluß). — Literarische Nummern: Emil Dittmer. — Die Stadt Berlin und ihre Arbeiter. Von E. W. — Notizen. — Gemeinschaftliche Unterhaltung. Von M. L. Fürsorgeerziehung. Von M. A. Zur Abwanderung vom Osten nach dem Westen. Von H.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postorte zum Preise von M. 2.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf . Probenummern, stehen jederzeit zur Verfügung.

Die „Neue Gesellschaft“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lili Braun, Heft 1 des 2. Jahrgangs. (Verlag: Berlin-Schöneberg). Preis für das Einzelheft 10 Pf , pro Monat 40 Pf . pro Vierteljahr M. 1.20. Inhalt: Glossen: Mannheim. — Die anarchistosocialistische Frage. — Michter Kommentar. — Von den Ministrern. — Mannheimer Epilog. — Lili Braun: Die Mannheimer Frauenkonferenz. — Edward R. Pease: Die Arbeitslosenfrage

in England. — Dr. Bruno Borchardt: Die 78. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte. — Wilhelm Schröder: Hans Nikolaus Kraus. — Eduard Wölbe: Der Wohlgesinntheit.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefosialismus. Herausgeber: Dr. A. Südelum, Verlag: Paul Singer-Berlin.

Zum Parteitag hat die „Kommunale Praxis“ eine Sondernummer herausgegeben, die sich im ersten Teile mit der Erziehungskraft beschäftigt, im zweiten Teile Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei in den Gemeinden enthalten. Aus dem sehr reichen Inhalte heben wir besonders die Darstellung der Aufgaben von Staat und Gemeinde bei der körperlichen Erziehung des Jugend von Dr. Silberstein in Nürnberg, sowie eine Abhandlung von Otto Uhlitz über die Jugendfürsorge in Dresden her vor.

Wertvolle Fingerzeige gibt auch die programmatische Arbeit Dr. Lindemanns: „Marx treibt wir Kommunalpolitik?“ Gerade jetzt, wo die Gemeindewahlen in vielen Gegenden Deutschlands unmittelbar vor der Tür stehen, bietet sich zur Agitation brauchbares Stoff.

Probenummern der „Kommunale Praxis“ sind jederzeit kostenlos vom Verlage der „Kommunale Praxis“, Berlin W. 10, zu erhalten.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 20 des 16. Jahrgangs.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf ; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierjährlich ohne Versandgebühr 55 Pf , unter Streuzettel 85 Pf . Jahresabonnement M. 2.80.

In freien Stunden, Romanbibliothek, herausgegeben von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin, Heft 26 bis 29. Jede Woche erscheint ein Heft; Preis 10 Pf .

Der „Wahre Jacob“, Nr. 20 des 22. Jahrgangs. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Falloff“ und „Ferkagran“. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pf .

„Süddeutscher Postillon“ Nr. 20 des 25. Jahrganges beginnt ihren Text mit einem Song: Die Nürnberger Bombenfahrt. Ein einfacher Kreis und die Bezeichnung für einen Milchweckel in einer Zentrifugalkommission wird dabei von der Polizei entdeckt. Die Nummer kostet wie gewöhnlich 10 Pf und ist in allen Buchhandlungen zu haben.

Briefkosten.

Berlin Südstadt, 3. Sch. Die Versammlungsanzeige kann einen halben Tag zu spät.

§ 25. Unseres Freitags sind Sie verpflichtet, den Gemeindebeschluß zu respektieren, da Sie ja dort Ihren Wohnsitz haben. Wenn Sie selbst nicht in der Lage sind, bei der Beleidigung eines etwaigen Feuers mitzuwirken, weil Sie auswärts arbeiten, so müssen Sie eben einen Stellvertreter stellen. Es wäre ja auch noch schöner, wenn sich jeder von einer so fehlerbedürftigen Wicht, wie es die Beleidigung eines die Allgemeinheit bedrohenden Schadfeuers ist, drücken wollte.

Bayreuth, 3. Ihre Karte mit Versammlungsanzeige kann infolge verfehlter Adresse zu spät bei uns an.

Berlin, Bezirk Schöneberg. In der Versammlungsanzeige steht das Datum, an dem die Versammlung sein soll.

Anzeigen.

St. Johann.

Das Bureau des Zweigvereins ist jetzt: St. Johannstraße 37 [M. 1.20] Der Vorstand.

Weida i. Th.

Die Adresse des Zweigvereinsvorsitzenden ist: Karl Pabst, Wilhelmplatz 17, 3. Et. [M. 1.20]

Kemberg.

In der Bekanntmachung in Nr. 29 des „Grundstein“ muss es heißen: der Kassierer wohnt Leipzigerstr. 9, nicht 2.

Sangerhausen.

Die Adresse des ersten Vorstandes, F. Blosfeld, ist jetzt: Damumstr. 4. [M. 1.20] Der Vorstand.

Templin.

Die Adresse des Kassierers Gabriel ist: Grünstraße 145 a, in Templin. [M. 1.20]

Menselwitz.

Der Vorsitzende Rob. Gerlingswald wohnt jetzt: Clauspruchstr. 6, 2. Et. [M. 1.20]

Friedrichshagen.

Der Zweigverein feiert Sonnabend, den 13. Oktober, sein

Jahnjähriges Stiftungsfest.

Um zahlreichen Besuch bittet. [M. 2.10] Der Vorstand.

Guben.

Sonnabend, den 13. Oktober, Abends 8 Uhr:

Neuntes Stiftungsfest.

bestehend in Konzert, komischen Vorträgen, Kinderbelustigungen und Ball.

Die Mitglieder des Zweigvereins Guben und Umgegend werden hiermit freundlich eingeladen.

Eintritt 50 Pf. Damen ohne Herren 25 Pf. [M. 3.90]

Das Komitee.

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen wir innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht vor. Die Zeile kostet 15 Pf .

Berlin. (Puter.) Am 18. September starb unser langjähriges Mitglied Georg Berg im Alter von 69 Jahren an Herzschwäche.

Bütow i. Pom. Am 23. September starb nach langem Krankenlager unser Verbandskollege Carl Carlén im Alter von 49 Jahren an Lungentbc.

Chemnitz. Am 17. September starb nach langem, schwerem Leben unser Verbandskollege Heinrich

Karl Beußenreiter im Alter von 57 Jahren.

Danzig. Am 16. September ertrank der Kollege Hermann Will im Alter von 81 Jahren.

Dortmund. Montag, den 24. September, starb unser Kollege W. Gerbermann im Alter von 24 Jahren an Gehirnleiden.

Görlitz i. Schlesien. Sonntag, den 28. September, starb nach langer Krankheit unser Kollege Heinrich Krause im Alter von 48 Jahren.

Görlitz. Am 26. September starb nach langer Leidenszeit Gründung unseres Verbandes ein treues, anhängliches Mitglied.

Grinberg i. Sch. Am 25. September starb unser treues, langjähriges Mitglied Georg Kingmann

an Bauchfelenkrankung im 35. Lebensjahr.

Jüterbogen. Am 28. September starb nach kurzem, schwerem Leben unser junges Verbandsmitglied Albert Ostermann im Alter von 18 Jahren.

Königsladen bei Mainz. Am 16. September starb unser Mitglied Philipp Friedrich im Alter von 44 Jahren an der Prostaterkrankheit. Er war seit Gründung unseres Verbandes ein treues, anhängliches Mitglied.

Grinberg i. Sch. Am 25. September starb unser treues, langjähriges Mitglied Georg Kingmann

an Bauchfelenkrankung im 35. Lebensjahr.

Jüterbogen. Am 28. September starb nach kurzem, schwerem Leben unser junger Verbandsmitglied.

Albert Ostermann im Alter von 18 Jahren. Königsladen bei Mainz. Am 16. September starb unser Mitglied Philipp Friedrich im Alter von 44 Jahren an der Prostaterkrankheit.

Königsladen. Am 24. September starb an Schlaganfall unser Mitglied Heinrich Schulz im Alter von 60 Jahren.

Köthen i. M. Mainz. Am 29. September starb unser alter Ehrenmitglied Adam Schauer im Alter von 65 Jahren an der Prostaterkrankheit.

Mainz-Siegburg. Am 22. September starb nach langem Leidens unter Kollege Adam Hundschenk im Alter von 55 Jahren an Lungentbc.

Wolfsburg i. Th. Am 20. September verschied nach kurzem, schwerem Leben unser Kollege und Kassierer Max Ohme.

Stuttgart. Am 18. September starb unser Verbandskollege Martin Böhm durch Unglücksfall im Alter von 36 Jahren. — Am 21. September starb unser Verbandskollege Jakob Denzinger im Alter von 32 Jahren.

Waldburg. Am 22. September starb unser Verbandsmitglied Franz Plener im Alter von 26 Jahren an Lungentbc.

Hamburg.

Das Bureau des Zweigvereins ist verlegt vom Gänsemarkt 35 nach dem Gewerkschaftshaus, Börsenbinderhof 57, 2. Et., Zimmer 20. Der Vorstand.

Brieg.

Kassierer des Zweigvereins ist jetzt: Julius Seidel, Paulauerstraße, Weißerhof. Der Vorstand.

Versammlungs-Anziger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Männer.

Sonntag, den 7. Oktober.

Arnswalde. Nachm. 3 Uhr im „Gedenkssaal“.

Bleckede. Nachm. 5 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbücher sind bringen.

Gützkow. Nachm. 5 Uhr Besprechung des neuen Böhratars.

Niemegk. Nachm. 3 Uhr bei Fleischer. Referent anwesend.

Rendsburg. Nachm. 4 Uhr Generalversammlung in der „Neuen Welt“.

Völkerhausen. Nachm. 3 Uhr in der „Krone“.

Montag, den 8. Oktober.

Berlin. Bezirk Nord-Osten. Abends 8 Uhr bei Böde. Neue Königstraße 7, 2. Et. „Unter Böderungen im nächsten Jahre“.

Legnitz. Abend 6½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Neusalz. Abend 8 Uhr im „Deutschen Kaiser“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonntag, den 14. Oktober.

Bleckede. Nachm. 5 Uhr. Tagesordnung wichtig. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Neuhardenberg. Nachm. 1½ Uhr im Lokal von Künzel. Wichtige Tagesordnung.

Probsteizella. Nachm. 2 Uhr bei Hermann Wagner in Bautzen.

Donnerstag, den 18. Oktober.

Berlin. Bezirk Moabit. Abends 8 Uhr bei H. Peters, 2. Et. „Unter Böderungen für 1907“.

Sonntag, den 21. Oktober.

Cöln. Nachm. 11 Uhr im „Volkshaus“, Seestraße 109, Generalversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Zentral-Krankenkasse der Männer zw.

Sonntag, den 7. Oktober.

Bunzlau. Nachm. 1 Uhr Generalversammlung in der „Hoffnung“, Schloßstraße 10.

Sonntag, den 14. Oktober.

Bornickendorf. Nachm. 10 Uhr bei Hermann, Holländer und Rehberg, Straßen-Str.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.